Arbeitskreis Militärgeschichte e.V.

newsletter

herausgegeben vom Arbeitskreis Militärgeschichte e. V. Jg. 10 (2005), No.1

Die neuen Kriege:
Was tun mit den alten Instrumenten?
Stig Förster

„Besondere Maßnahmen". Weitergabe, Ausführung und Akzeptanz des Kommissarbefehls im Ostheer 1941/42 (Dissertation)
Felix Römer

Anti-Kriegs-Museum Berlin
Tommy Spree

Mehr Krieg als Frieden – Das Museé Guerre et Paix en Ardennes in Novion-Porcien
Tobias Arand

„Militärische Helden – Helden im Krieg". Jahrestagung des Arbeitskreises Militärgeschichte e.V. vom 9.-11. Dezember 2004 in Düsseldorf.
Richard Kühl/Michael Toennissen

Arbeitskreis Militärgeschichte e.V.

IMPRESSUM:

Abbildungsnachweis:
Titelseite: Ausschnitt aus dem Gemälde „Winkelried bei Sempach“ von Konrad Grob (1828-1904)

Der Arbeitskreis Militärgeschichte e.V. wurde 1995 mit dem Ziel gegründet, Forschung und Austausch auf dem Gebiet einer interdisziplinär angelegten und epochenübergreifenden Geschichte von Militär und Krieg zu fördern. Diese soll politik- und institutionsgeschichtlichen Ansätzen gegenüber ebenso offen sein wie wirtschafts- und sozialhistorischen oder kultur- und geschlechtergeschichtlichen Zugängen.
Der Arbeitskreis möchte zur Entwicklung dieses aktuellen und wichtigen Feldes der Geschichtswissenschaft beitragen, das an deutschsprachigen Universitäten institutionell kaum vertreten ist. Deshalb bietet der Arbeitskreis allen, die an den historischen Aspekten von Krieg und Militär von der Antike bis zum 21. Jahrhundert interessiert sind, ein Forum der Information und Kommunikation. Dieses Forum schafft er durch die regelmäßige Organisation von Workshops und Tagungen, durch die jährlich stattfindende Mitgliederversammlung, durch den dreimal im Jahr erscheinenden newsletter sowie durch seine Website und eine Informationsliste.
Der jährliche Mitgliedsbeitrag beträgt derzeit € 25,00 für Studenten und Arbeitslose € 10,00. Ein Beitrittsformular kann bei der Geschäftsstelle angefordert werden.
Herausgeber des newsletter:
Arbeitskreis Militärgeschichte e. V.
Vorstand:
1. Vorsitzender: Prof. Dr. Stig Förster
2. Vorsitzender: Prof. Dr. Gerd Krumeich
Schatzmeister: PD Dr. Christian Koller
Schriftleiterin: Prof. Dr. Karen Hagemann,
Beisitzer: Dr. Gundula Bavendamm,
Daniel Hohrath M. A., HD Dr. Sönke Neitzel
Ehrenvorsitzender: Prof. Dr. Wilhelm Deist†
Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ 660 100 75
Konto-Nr. 347373-755
Herstellung:
Arbeitskreis Militärgeschichte e. V. in Verbindung mit dem Historischen Seminar II der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.
Bezug:
Der newsletter erscheint dreimal jährlich; Mitglieder des Arbeitskreises erhalten den newsletter kostenlos; Bezug durch den Arbeitskreis Militärgeschichte e. V. Preis je Heft € 10,— (inkl. Versand).

Verantwortliche Redakteure:
Susanne Brandt: Unendliche Welten
s.brandt@akmilitaergeschichte.de
Daniel Hohrath : Wissenschaftliche Projekte
d.hohrath@akmilitaergeschichte.de
Stefan Kaufmann: Essays
s.kaufmann@akmilitaergeschichte.de
Richard Kühl: Veranstaltungen
r.kuehl@akmilitaergeschichte.de
Markus Pöhlmann: Institutionen
m.poehlmann@akmilitaergeschichte.de
Michael Sikora: Essays
m.sikora@akmilitaergeschichte.de
Ulrich Tiedau: Layout
u.tiedau@akmilitaergeschichte.de
Michael Toennissen: Layout
Michael_Toennissen@web.de
Website-Betreuung:
Dierk Walter
d.walter@akmilitaergeschichte.de
© Arbeitskreis Militärgeschichte e. V.
Die Beiträge sind urheberrechtlich geschützt, die Verfasser für den Inhalt verantwortlich. Beiträge, Tagungsberichte, öffentliche Aufrufe und Ankündigungen, Informationen über laufende Forschungsprojekte (v. a. Dissertationen und Habilitationen), geplante Tagungen, Ausstellungen, Forschungseinrichtungen, Calls for Papers etc. richten Sie bitte per E-Mail oder mit PC-kompatibler Diskette an die Redaktion unter der angegebenen Adresse. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge abzulehnen, geteilt abzudrucken oder in Vereinbarung mit dem/der Verfasser/in zu kürzen.

Arbeitskreis Militärgeschichte e. V.
Geschäftsstelle
Historisches Institut
Universität Bern
Langgäss-Str. 49
CH-3000 Bern 9
E-Mail Geschäftsstelle: regina.zuercher@hist.unibe.ch
E-Mail Redaktion: nlredaktion@akmilitaergeschichte.de
Web: http://www.akmilitaergeschichte.de

ISSN 1434-7873 (Gedruckte Ausgabe)

Aus dem Arbeitskreis 5

Editorial 6

ESSAYS 7

Die neuen Kriege: Was tun mit den alten Instrumenten? 7
Stig Förster

Der russisch-japanische Krieg von 1904/1905 und seine Bedeutung für Sibirien 14
Eva-Maria Stolberg

Quo vadis, BGS? Der Anfang des Bundesgrenzschutzes und seine Zwitterrolle zwischen Polizei und Militär (1951-1956) 19
Frank Gerlich

WISSENSCHAFTLICHE PROJEKTE 24

„Besondere Maßnahmen". Weitergabe, Ausführung und Akzeptanz des Kommissarbefehls im Ostheer 1941/42 (Dissertation) 24
Felix Römer

Entwicklung und Produktion deutscher Panzer im III. Reich (Magisterarbeit) 25
Philippe Eyerchet

HISTORISCHE ORTE, INSTITUTIONEN UND FORSCHUNGSBEREICHE 27

Mehr Krieg als Frieden – Das Musée Guerre et Paix en Ardennes in Novion-Porcien 27
Tobias Arand

The Friends of Lochnagar 29
Markus Pöhlmann

Anti-Kriegs-Museum Berlin 29
Tommy Spree

UNENDLICHE WELTEN 32

500 Doughboys gewannen den Krieg. Eine Kritik zu „Lost Battailon" 32
Ralf Raths

TAGUNGSBERICHTE 35

AHF und AKM gemeinsam bei der Jahrestagung der German Studies Association in Washington, D.C. (6.-9. Oktober 2004) 35
Christian Jansen

„Militärische Helden – Helden im Krieg". Jahrestagung des Arbeitskreises Militärgeschichte e.V. vom 9.-11. Dezember 2004 im Filmmuseum Düsseldorf 35
Richard Kühl und Michael Toennissen

TAGUNGSANKÜNDIGUNGEN/AUSSTELLUNGEN/CALLS FOR PAPERS 41

Call for Papers für die Jahrestagung des AKM e.V. 3.-5. November 2005 in Mainz zum Thema „Kriegsgräuel“ 41

Graduiertenkolleg "Wissensfelder der Neuzeit. Entstehung und Aufbau der europäischen Informationskultur" am Institut für Europäische Kulturgeschichte, Augsburg 42

Aus dem Arbeitskreis

Liebe Mitglieder des Arbeitskreises,

im Namen des Vorstandes wünsche ich Ihnen allen ein gutes neues Jahr. Mögen alle gerechten Wünsche in Erfüllung gehen.

Der AKM kann auf ein erfolgreiches 2004 zurückblicken. Unser Verein hat dank der vielfältigen wissenschaftlichen Aktivitäten unserer Mitglieder inzwischen einen sehr guten Namen im In- und Ausland. Vielleicht sind wir inzwischen auch schon ein wenig zu stark etabliert, ein „Selbstläufer"? Die leider stagnierenden Mitgliederzahlen (auf hohem Niveau) bereiten uns ein wenig Sorge: Wir hatten in 2004 36 Neueintritte, aber auch 24 Austritte. Insgesamt haben wir jetzt 382 Mitglieder, davon 52 weibliche. Circa ein Drittel der Mitglieder kommen aus dem universitären Bereich und wiederum ein gutes Drittel sind promoviert oder habilitiert. Ein bisschen kopflastig? Nur sehr wenige MitgliederInnen arbeiten in Bibliotheken, Museen und Schulen, das sollte verstärkt unser künftiges Rekrutierungsfeld sein. Bitte geben Sie doch Infos zum Arbeitskreis, auch den inzwischen vorhandenen und nach meinem Empfinden gut gelungen Flyer (Dank an Karen Hagemann....) an Freunde und Bekannte aus diesem Bereich weiter. Und wir werden uns weiter überlegen müssen, was wir unternehmen können, um gerade die nicht im wissenschaftlichen Kernbereich tätigen Kommunikatoren, vor allem an den Schulen aller Formen, für eine moderne Militär- und Kriegsgeschichte zu interessieren. Wer von Ihnen Ideen in dieser Richtung hat, möge sie uns doch bitte mitteilen, vielleicht springt ja ein ganz neues Programm der Vermittlung von Wissenschaft und Unterricht aus unserem so weiten und interessanten Arbeitsfeld dabei heraus.

Die Publikation der Augsburger Jahrestagung von 2003 zur Besatzungspolitik steht kurz bevor. In diesem Zusammenhang möchte ich mich noch einmal ganz ausdrücklich bei Herrn Michael Werner vom Schöningh Verlag bedanken, der nicht allein die von Stig Förster herausgegebene Reihe „Krieg in der Geschichte" coacht, sondern entscheidend dafür verantwortlich ist, dass Schöningh inzwischen wohl die wichtigste Referenz im Bereich moderner kriegs- und militärhistorischer Publikationen geworden ist. Und wer gesehen hat, mit welcher Beständigkeit Michael Werner auch bei der letzten Jahresversammlung präsent war, erkennt, dass diese Kooperation mit dem AKM zu beider Nutzen und Frommen ist.

Die Düsseldorfer Jahrestagung zum Thema Militärische Helden – Helden im Krieg war mit ca. 100 Teilnehmern nicht überragend gut frequentiert, aber ich glaube sagen zu können, dass der wissenschaftliche Ertrag ausgesprochen positiv war. Einzelne hervorzuheben schickt sich ja nicht, aber was man allein schon über die Rotarmistinnen und Wehrmachtshelferinnen lernen konnte, war die Reise wert. Außerdem ist es uns - wieder einmal – gelungen, den Bogen sehr weit zu spannen, keine Hyperspezialisierung eintreten zu lassen. Denn die Kraft unseres Vereins liegt nicht zuletzt darin, dass er jedem die Möglichkeit eröffnet, den eigenen militär- und kriegsgeschichtlichen Horizont in Bereiche auszuweiten, in die einen die Spezialisierung und der Beruf nie hineinschauen lassen würden. Besonders danken möchte ich an dieser Stelle unserem Freund und Freiburger Kollegen Hans Joachim Gehrke, der – obwohl (noch) nicht Mitglied des AKM – den Einleitungsvortrag gehalten hat und ein großartiges Panorama des Heldenmythos von der Antike an entwickelte.

Silke Satjukow, Susanne Brandt und ich werden die Ergebnisse dieser Tagung publizieren – Michael Werner hat das schon quasi eingefordert....

Und wir werden auch 2005 einige wichtige events haben. Ich weise nur jetzt schon drauf hin, dass die nächste Jahrestagung vom 3.-5. November 2005 in Mainz unter Leitung von Sönke Neitzel stattfinden wird. Thema ist: „Kriegsgräuel". Nähere Infos und den Call for Papers finden Sie in dieser Ausgabe.

Und im Frühjahr 2006 wird sich schließlich ein Vorhaben realisieren, für das Stig Förster schon seit Jahren aktiv ist, nämlich eine gemeinsame große Tagung von AKM, MGFA

und dem Arbeitskreis Historische Friedensforschung über die Privatisierung des Krieges. Ort der Veranstaltung soll das Hamburger Institut für Sozialforschung sein. Wenn das gelingt, ist Stig meines Erachtens ordensreif.

Nun hoffe ich, dass dieser newsletter für alle Interessantes und Nützliches enthält. Wir bitten nach wie vor und verstärkt um ihre Beiträge. Für dieses Heft ist unser Erster Vorsitzender mit bestem Beispiel vorangegangen und hat trotz seines Megastresses (er ist in zwischen neben allem anderen auch Prodekan geworden, herzlichen Glückwunsch) einen Grundsatzartikel geschrieben.

Last but not least möchte ich der Redaktion des newsletters noch einmal sehr herzlich für ihre Ausdauer, ihren Langmut, ihre Sorgfalt, ihre Kritik, also für alles danken, was sie für den AKM leistet.

Ihr
Gerd Krumeich

Editorial

2004 ging für den newsletter als ein Jahr der kleinen und größeren, hin und wieder auch experimentierfreudigen Veränderungen zu Ende. Im Laufe des Jahres leicht geliftet in Erscheinungsbild und Konzept, verjüngt auch in der redaktionellen Zusammensetzung, tritt der newsletter mit 2005 in den zehnten Jahrgang.

Neben der Anfang des letzten Jahres beschlossenen Öffnung des Essay-Ressorts für weitere Textgenres und dem im April erneuerten Layout ist vor allem der im Oktober gestartete Versuchsballon eines Themenheftes auf positive Resonanz gestoßen.

Aufgrund des erfreulichen Feedbacks zu dem in der No. 23 behandelten Schwerpunkt „Schriftsteller im Ersten Weltkrieg“ wird sich daher ab 2005 jeweils ein newsletter pro Jahr einem bestimmten Thema widmen. Für den kommenden Sommer - so viel darf bereits verraten werden - ist eine Ausgabe geplant, die sich auf ein hier in der letzten Zeit sicherlich etwas zu kurz gekommenes, nämlich mediävistisches Terrain begeben wird. „Krieg im Mittelalter“, lautet der Arbeitstitel (Angebote von Beiträgen richten Sie bitte an unsere E-Mail-Adresse:
nlredaktion@akmilitaergeschichte.de).

Daneben werden wir Ihnen freilich weiterhin wie gewohnt Ausgaben mit aktuellen Forschungs- und Diskussionsbeiträgen zu verschiedenen Themen vorlegen - wie mit diesem Exemplar.

Besonders möchte ich Sie auf Stig Försters hier unternommene Wortmeldung zu der nach dem 11. September international neu entfachten Diskussion um die „neuen Kriege“ aufmerksam machen, die Ihnen zugleich einen Ausblick auf eine im Frühjahr 2006 von unserem Arbeitskreis mitorganisierte Konferenz über die ‘Privatisierung’ des Krieges bietet. Darüber hinaus möchte ich auch auf die jüngsten Aktivitäten des AKM hinweisen, die Sie rekapituliert unter den Tagungsberichten finden.

Last but not least darf ich Ihnen ein neues Mitglied in der Redaktion vorstellen: Michael Toennissen ist mit dieser Ausgabe zur Layout-Abteilung hinzugestoßen und wird außerdem an der ab dem kommenden Jahr dauerhaft nach Düsseldorf verlagerten Schlussredaktion beteiligt sein.

Wir wünschen Ihnen eine anregende Lektüre!

Für die Redaktion
Richard Kühl

ESSAYS

Die neuen Kriege: Was tun mit den alten Instrumenten?

von Stig Förster

Ich wurde gebeten, auf dem Historikertag in Kiel einen Vortrag unter dem oben angegebenen Titel zu halten.[1] Für manche Zuhörer war es vielleicht enttäuschend, dass ich die Gelegenheit nicht nutzte, um die aktuelle militärpolitische Lage zu kommentieren und Prognosen für die Zukunft abzugeben. Doch scheint mir dies die Aufgabe von Sicherheitsexperten, Politikern und Journalisten zu sein. Die Frage richtete sich aber an einen Militärhistoriker. Historiker setzen sich beruflich mit der Vergangenheit auseinander. Dort liegt ihre Expertise. Sie sollten daher bei öffentlichen Kommentaren zu Gegenwartsfragen Vorsicht walten lassen und sich auf ihre Fachkompetenz beschränken. Gänzlich unangebracht sind Ausflüge in die Futurologie. Gerade Historiker sollten sich bewusst sein, wie komplex und auch rückschauend unvorhersehbar zur Geschichte gewordene Abläufe sein können. Wer will unter diesen Umständen die Zukunft vorhersagen?

Ich habe daher die von Wilfried Loth gestellte Frage etwas anders aufgefasst, als sie womöglich intendiert war. In den Mittelpunkt meiner Überlegungen stellte ich das Problem, ob die bisherigen Interpretationsansätze der modernen Militärgeschichte ausreichen, um den scheinbar so Grund legend veränderten Charakter des Krieges in der Gegenwart erklären zu helfen. Was also tun mit unseren Instrumenten?

An dieser Stelle ist es zunächst einmal notwendig, unsere Interpretationsinstrumente grob zu umreißen. Meiner Auffassung nach basieren die Methoden der modernen Militärgeschichte nach wie vor auf den Grundgedanken, die Carl von Clausewitz in seinem Werk „Vom Kriege“ formulierte.[2] Clausewitz definierte Krieg wie folgt:

„Der Krieg ist also ein Akt der Gewalt, um den Gegner zur Erfüllung unseres Willens zu zwingen.“[3]

Wie er im ersten Buch seines Werkes ausführt, bedeutet dies in der Abstraktion, dass der Zweikampf zwischen den Parteien keine Grenzen kennt und theoretisch zu einem Maximum der Gewaltanwendung führt. Doch dieser „absolute Krieg“, so betont er wiederholt, ist nur ein Gedankenkonstrukt. Der wirkliche Krieg unterliegt Friktionen und vor allem dem Primat der Politik, die ihm seine Logik vorgibt. Es ist die Politik, die den Charakter des Krieges bestimmt. In Clausewitz’ Worten:

„Der Krieg ist nichts als die Fortsetzung der politischen Bestrebungen mit veränderten Mitteln … Durch diesen Grundsatz wird die ganze Kriegsgeschichte verständlich, ohne ihn ist alles voll der größten Absurdität.“[4]

In den letzten Jahren wurde Clausewitz wiederholt vorgeworfen, sein Politikbegriff sei staatlich verengt. Deshalb auch eigne sich sein Interpretationsansatz allenfalls für die Analyse zwischenstaatlicher Kriege.[5] Wäre dieser Vorwurf berechtigt, so würde dies im Hinblick auf die angeblichen neuen Kriege in der Tat bedeuten, dass Clausewitz’ Methode veraltet wäre. Doch hier liegt ein fundamentales Missverständnis vor. Clausewitz verfügte über einen viel weiteren Politikbegriff, der es ihm erlaubte, – mit den Mitteln seiner Zeit – Krieg als welthistorisches Phänomen im Wandel der Zeiten und Formen zu begreifen. Dies wird in folgendem Zitat deutlich:

„Halbgebildete Tartaren, Republiken der alten Welt, Lehnsherren und Handelsstädte des Mittelalters, Könige des achtzehnten Jahrhunderts, endlich Fürsten und Völker des neunzehnten Jahrhunderts: alle führten den Krieg auf ihre Weise, führten ihn anders, mit anderen Mitteln und nach einem anderen Ziel.“[6]

Eben hierin liegt das Bahn brechende in Clausewitz’ Methode. Er führt den Charakter von Kriegen auf den jeweiligen Gesellschaftszustand zurück, aus dem heraus sich die entsprechende Politik erklären lässt. Genau dies ist zum Grundansatz der modernen Militärgeschichte geworden. Da sich aber unser Erkenntnisstand seit Clausewitz erheblich erweitert hat und wir die enorme Komplexität gesellschaftlicher Zusammenhänge und historischer Vorgänge in den Griff zu bekommen

versuchen, arbeiten wir heute mit einer großen Methodenvielfalt. So impliziert inzwischen Militärgeschichte kulturhistorische, mentalitätsgeschichtliche, geschlechtergeschichtliche und technikgeschichtliche Ansätze neben den etwas älteren Zugängen aus der Politik-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Gerade mit dieser Methodenvielfalt ist es aber prinzipiell möglich, so ziemlich jeden Krieg in der Geschichte angemessen zu analysieren. Soll dies für die „neuen Kriege" nicht mehr gelten?

Um dieser Frage nachzugehen, muss man zunächst einmal die Begriffe klären. Was verstehen wir unter „neuen Kriegen" und wie neu sind sie wirklich? Seit dem 11. September 2001 betrachtet die Bush-Administration die Vereinigten Staaten als im Zustand des Krieges befindlich. Doch stellt der von Washington ausgerufene „war against terrorism" mehr als nur ein Propagandaschlagwort dar? Hilft dieser Begriff wirklich bei der Interpretation der laufenden Ereignisse und eignet er sich überhaupt zur Formulierung einer adäquaten Strategie? Zweifel erscheinen angebracht. Der spanische Schriftsteller Javier Marías brachte derartige Zweifel kürzlich auf den Punkt, als er schrieb, dass von Krieg keine Rede sein könne, denn das Leben in den Städten ginge noch immer seinen gewohnten Gang. Gelegentliche Attentate müsse man halt ertragen wie Verkehrsunfälle. Spanien habe nach dreißig Jahren ETA-Terror in dieser Hinsicht seine Erfahrungen gemacht.[7]

Tatsächlich gibt es über das Thema Terrorismus und neue Kriege eine intensive Debatte unter Experten. Unmittelbar nach dem 11. September schlug der große, alte Militärhistoriker Sir Michael Howard in zwei Vorträgen an prominenter Stelle eine ganz ähnliche Line ein wie Javier Marías. Er wehrte sich mit Entschiedenheit gegen den propagandistischen Missbrauch des Wortes „Krieg". Dadurch würde nur Verwirrung gestiftet und eine falsche Strategie eingeschlagen. Vielmehr sei das Militär für den Kampf gegen Terroristen ungeeignet, da sein Einsatz nur zu hohen Verlusten unter der Zivilbevölkerung führe und damit den Terroristen neue Anhänger zutreibe. Zudem, so Howard weiter, zieht der Missbrauch des Wortes „Krieg" in logischer Konsequenz die Verleihung des Kombattantenstatus - samt dem Schutz durch die entsprechenden Konventionen - an die Terroristen nach sich. Genau dies wollten sie erreichen. In Wirklichkeit aber handele es sich bei Terroristen um Verbrecher, die in womöglich langwierigen Operationen von Polizei und Geheimdiensten zu bekämpfen seien. Demgegenüber reservierte Howard den Begriff „Krieg" für den bewaffneten Konflikt zwischen einer begrenzten Zahl politischer Einheiten mit normaler Weise eindeutigem Ausgang: Sieg, Niederlage, oder Kompromiss.[8] Ist Krieg also doch primär als zwischenstaatliche Auseinandersetzung zu verstehen?

Der Politologe Herfried Münkler ist da deutlich anderer Auffassung. Münkler hat das Modewort von den „neuen Kriegen" populär gemacht. Er weicht allerdings der Frage aus, ob Terrorismus wirklich als Krieg bezeichnet werden kann. Immerhin aber stellt er den Terrorismus moderner Prägung in die Tradition des Partisanenkrieges, handele es sich doch in beiden Fällen um „asymmetrische Kriege". Sowohl Guerillas als auch Terroristen seien aus der Position der Schwäche heraus gezwungen, aus dem Hinterhalt zu operieren und den militärisch überlegenen Gegner durch immer neue Nadelstiche in die Knie zu zwingen. Aber während Guerillas vornehmlich defensiv, also auf eigenem Territorium agierten, könnten es sich Terroristen erlauben, den Kampf ins Feindesland zu tragen. Bei Terrorismus handele es sich demgemäß um das offensive Vorgehen privater Gruppen gegen Staaten und Staatengemeinschaften. Dabei zeichnet Münkler ein düsteres Bild des fundamentalistischen Terrorismus der Gegenwart. Im Gegensatz zu früheren Terroristen benötigten diese Gruppen noch nicht einmal des Zuspruchs Dritter, also der moralischen Unterstützung durch Teile der Zivilbevölkerung, denn sie erhielten ja ihre Legitimation direkt von Allah. Der Gewaltsamkeit und Grausamkeit sei somit keine Grenze mehr gesetzt.[9] Vor diesem Hintergrund sieht Münkler kaum adäquate Lösungsstrategien für das staatliche Vorgehen im Kampf mit der neuen Dimension des Terrors.[10]

Weit radikaler als Münkler hat sich Martin van Creveld schon im Jahre 1991 zum Problemkreis von Terrorismus und Krieg geäußert.[11] Unter dem Eindruck der Ersten Intifada und des Phänomens des „low intensity war"

erklärte er die Clausewitzsche Welt des zwischenstaatlichen Krieges schlicht für erledigt. Dem Kleinkrieg und dem Terrorismus gehöre die Zukunft. Die großen regulären Streitkräfte der Staaten seien nur noch Dinosaurier, die bei den neuen Anforderungen hoffnungslos versagen würden. Ja, der Kleinkrieg privater Organisationen würde schließlich zu einer Auflösung und zum Zusammenbruch staatlicher Strukturen führen. Der Kleinkrieg von zu allem bereiten Männern würde permanent werden. Man müsse sich damit abfinden, zumal Männer eben das Kriegführen lieben. Die einzige Antwort bestünde darin, ebenfalls private Sicherheitsstrukturen aufzubauen und sich am Krieg aller gegen alle zu beteiligen.

Liest man heute Martin van Crevelds apokalyptisches Buch, so fühlt man sich an Friedrich von Bernhardi erinnert, der im Jahre 1912 den Krieg für naturnotwendig erklärte und damit zum Propheten des Ersten Weltkrieges wurde.[12] Auch wenn Creveld, ähnlich wie Bernhardi, in erschreckender Weise überzieht, sollte man sich mit seinen Argumenten auseinandersetzen. In einer Hinsicht hat sich Creveld aber völlig verschätzt: Den zwischenstaatlichen Krieg gibt es nach wie vor, und er bleibt wichtig. Zweimal führten die USA Krieg gegen den Irak. Die NATO ging militärisch gegen Rest-Jugoslawien vor. Zwischen Armenien und Aserbeidschan herrscht latenter Kriegszustand. Andere Beispiele ließen sich anführen. Dabei hat sich gezeigt, dass terroristische Anschläge zu Auslösern zwischenstaatlicher Kriege werden können. Das galt für den Krieg der Koalition gegen Afghanistan ähnlich wie für den jüngsten Krieg gegen Irak. Zwischen den Atommächten Indien und Pakistan wäre es beinahe zum Krieg wegen terroristischer Attacken gekommen. Doch ist das alles so neu? Am 28. Juni 1914 löste das Attentat von Sarajewo, das man sehr wohl als terroristischen Anschlag bezeichnen könnte, die Julikrise aus. Damals wie heute wurde Terrorismus als Vorwand benutzt, um ganz andere Rechungen zu begleichen und einen Krieg zu führen, der mit seinem offiziellen Anlass in Wirklichkeit wenig zu tun hatte. In jedem Falle dürfte es nicht schwierig sein, die zwischenstaatlichen Kriege der Gegenwart - auch wenn es angeblich um Terrorismus geht - mit Hilfe der alten Instrumente zu analysieren. Die modernen Methoden der Militärgeschichte werden sich im Falle der Kriege gegen Afghanistan und Irak als genauso nützlich erweisen wie Konflikttheorien und die Ansätze aus der Kolonialismus- und Imperialismusforschung.

Bei all dem lässt sich natürlich nicht leugnen, dass sich in Afghanistan, Irak und Tschetschenien der zwischenstaatliche Krieg längst mit Bürgerkrieg, Guerillakrieg, kriminellem Bandenkrieg und Terrorismus vermengt hat. Der Krieg ist hier endgültig außer Kontrolle geraten und zu einem chaotischen Gemetzel geworden. In diesen Fällen hat der zwischenstaatliche Krieg das Anwachsen des Terrorismus geradezu gefördert. Doch auch dies ist keineswegs ein historisch neuartiger Vorgang. Ähnliches haben etwa die Armeen Napoleons in Tirol und Kalabrien erlebt. Die Besetzung Spaniens im Jahre 1808 löste gar einen gewaltigen Aufstand aus, der die staatliche Ordnung des Landes zerstörte und in ein katastrophales Chaos führte. Damals wurde das Wort „Guerilla“ geboren.

Auffällig ist in den letzten Jahren die Tendenz, derzufolge das Implodieren von Staaten zu Kriegen führt. Traurige Beispiele hierfür sind Afghanistan und viele Staaten Afrikas, vor allem der Kongo, Liberia und Senegal. Mitunter führt der Zerfall der staatlichen Ordnung dazu, dass das Territorium eines Landes zur Operationsbasis von Terroristen und kriminellen Banden missbraucht wird, wie dies in Afghanistan der Fall war. Die von diesen Banden attackierten Staaten reagieren dann durchaus schon einmal mittels einer militärischen Intervention, um die Schlupflöcher auszuräuchern und die staatliche Ordnung in irgendeiner Form wieder herzustellen. Dies war die Logik hinter dem Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan. Aber auch hier handelt es sich nicht wirklich um „neue Kriege“, kannten doch schon die alten Römer dieses Problem, als sie gegen die Seeräuber Kilikiens vorgingen.

So gesehen bleibt vom Konzept der „neuen Kriege“ bei genauerer Betrachtung nicht so sehr viel übrig. Immerhin aber, so scheint es auf den ersten Blick, werden die gegenwärtigen Konflikte durch das Ineinanderfließen verschiedener kriegerischer Erscheinungsformen gekennzeichnet. Doch gerade an diesem Punkt ist analytische Genauigkeit gefragt, um Miss-

verständnisse, Fehlinterpretationen und die Entwicklung falscher Strategien zu vermeiden. Gegenüber der verwirrenden Vermengung von verschiedenen Formen der Gewaltanwendung sollten vielmehr die prinzipiellen Unterschiede herausgearbeitet werden. Diesbezüglich greifen Herfried Münklers Argumente zu kurz, wenn er den Terrorismus implizit als Bestandteil der „neuen Kriege" auffasst.

Der Soziologe Peter Waldmann, einer der besten Kenner des Phänomens, hat schon 1998 eine gänzlich andere Interpretation des Terrorismus und einen Vorschlag zur Definition vorgelegt:

„Terrorismus sind planmäßig vorbereitete, schockierende Gewaltanschläge gegen eine politische Ordnung aus dem Untergrund. Sie sollen allgemeine Unsicherheit und Schrecken, daneben aber auch Sympathie und Unterstützungsbereitschaft erzeugen."[13]

Es ginge den Terroristen um ein gewaltsames Vorgehen gegen die bestehende politische Ordnung. Aber im Unterschied zum Guerillakrieg, der eine militärische Strategie zur Bekämpfung feindlicher Truppen darstelle, handele es sich beim Terrorismus um eine Kommunikationsstrategie, die den Zerstörungseffekt als Signal zur Erzielung psychologischer Breitenwirkung verwende.[14] Terrorismus kann somit unter keinen Umständen als kriegerischer Akt verstanden werden, sondern er bewegt sich in einer anderen Dimension. Im Umkehrschluss bedeutet dies aber auch, dass Krieg ein ungeeignetes Mittel ist, um gegen Terrorismus vorzugehen. Ja, er wirkt sich sogar kontraproduktiv aus, wie man im Irak und im Kaukasus zurzeit beobachten kann. Denn wenn Terrorismus eine Kommunikationsstrategie darstellt, es also um die Köpfe und Herzen der Menschen geht, dann spielen die durch Krieg verursachte Instabilität, die Leiden der Zivilbevölkerung, Staatsterror und Folter den Betreibern des Terrorismus nur in die Hände. Man kann dies täglich im Nahen Osten verfolgen. Für Terroristen aller Art gab es zudem keine bessere Propaganda als die Folterbilder aus Abu Ghureib. In diesem Punkt hat Michael Howard also völlig Recht. Im Gegensatz zu Martin van Crevelds Argumenten ist auch noch keineswegs ausgemacht, dass Kleinkriege und Terrorismus wirklich zum Zerfall der staatlichen Ordnung führen werden. Auch das Gegenteil ist denkbar: Die Aushöhlung des Rechtsstaats, die Stärkung staatlicher Macht und sogar die Errichtung neuer totalitärer Regime. Die Ankündigungen von Präsident Putin nach dem Massaker von Beslan lassen da Schlimmes befürchten.

Doch hier bewegt man sich bereits im Bereich der Spekulationen. Soviel aber steht nach den überzeugenden Ausführungen von Peter Waldmann fest: Der Terrorismus stellt per se kein Thema für Militärhistoriker dar. Gibt es also nichts wirklich Neues über den Krieg zu berichten und können wir einfach mit den vertrauten Interpretationsinstrumenten weiter arbeiten?

Ganz so einfach ist es wohl nicht. Schon seit längerem, nicht erst seit dem 11. September 2001, lässt sich nämlich ein Trend beobachten, der langfristig von großer Bedeutung werden kann: Die Privatisierung des Krieges. Die Auflösung der staatlichen Ordnung in weiten Teilen Zentralasiens, Südamerikas und Afrikas hat War Lords, privaten Organisationen und Privatarmeen den Boden bereitet. Das dadurch hervorgerufene Chaos des entstaatlichten Krieges wiederum hat private Sicherheitsfirmen, wie das inzwischen aufgelöste südafrikanische Unternehmen „Executive Outcomes" auf den Plan gerufen. Sie schufen und schaffen mit Söldnertruppen im Auftrag von internationalen Konzernen, aber auch von Regierungen Sicherheitszonen zum Schutz von Rohstoffquellen, Transportwegen etc. Mitunter führen diese Sicherheitsfirmen sogar ihre eigenen Privatkriege. Erst kürzlich scheiterte ein Invasionsversuch in Äquatorialguinea, der im Auftrag eines privaten Konsortiums die Regierung des ölreichen Landes stürzen sollte.[15] Noch dramatischer ist aber wohl die Tatsache, dass nun auch etablierte Regierungen dazu übergehen, Sicherheitsaufgaben an Private zu übertragen. Das „Outsourcen" genuin militärischer Funktionen ist zur systematischen Politik des Pentagon im Irak und in Afghanistan geworden. Selbst der Personenschutz wichtiger Menschen wurde von privaten Sicherheitskräften übernommen. Hinzu kommt, dass unangenehme Aufgaben wie Folter, Entführungen und die Bewachung besonders gefährdeter Einrichtungen gerne an Söldner übergeben werden, die man nicht auf den eigenen Personallisten führen muss und für die man notfalls

keine Verantwortung zu übernehmen braucht.[16]

Martin van Crevelds düstere Prophezeiungen scheinen wenigstens in dieser Hinsicht nicht ganz falsch zu liegen. Hier zeichnet sich ein Trend ab, der fundamentale Entwicklungen seit dem 17. Jahrhundert infrage stellt. Die fortschreitende Verfestigung von Rechtsstaat und staatlichem Gewaltmonopol gehörte zum Grundbestandteil aufgeklärter Fortschrittshoffnung. Die drohende Privatisierung des Krieges, die mancherorts längst zur Realität geworden ist, trifft derlei Hoffnungen ins Mark. Die Weltgemeinschaft läuft Gefahr, in die finsteren Zeiten der privaten Kriegsunternehmer und Condottieri zurückzufallen. Es wird Zeit - und hier ist van Creveld entschieden zu widersprechen - sich dieser Entwicklung entgegen zu stemmen.

Noch ist nicht absehbar, welche Ausmaße der Trend zur Privatisierung des Krieges schließlich annehmen wird. Aber die Gefahr ist groß und bedarf daher dringend eingehender Analyse. Die moderne Militärgeschichte kann hierzu einen Beitrag leisten, indem sie sich mit historischer Tiefenschärfe und in Epochen übergreifender Zusammenarbeit mit der Geschichte des staatlichen Gewaltmonopols, seiner Vorgeschichte und seiner gegenwärtigen Gefährdung auseinandersetzt. Die auf Clausewitz beruhende Methode wird auch hierbei hilfreich sein. Insofern brauchen wir in der Tat keine neuen Instrumente, aber wir müssen unser teleologisches Weltbild hinterfragen.

Der Arbeitskreis Militärgeschichte wird in diesem Sinne gemeinsam mit dem Arbeitskreis Historische Friedensforschung, dem Militärgeschichtlichen Forschungsamt, dem Hamburger Institut für Sozialforschung und anderen Organisationen im Frühjahr 2006 eine große Konferenz über die Privatisierung des Krieges und das staatliche Gewaltmonopol abhalten. Darüber demnächst mehr.

[1] Sektion: Nichts mehr wie es war? Der 11. September und die Wende von 1989 in historischer Perspektive, Leitung: Wilfried Loth, 17. September 2004, Historikertag Kiel.

[2] Siehe hierzu ausführlich Stig Förster, „Vom Kriege“. Überlegungen zu einer modernen Militärgeschichte, in: Thomas Kühne, Benjamin Ziemann (Hrsg.), Was ist Militärgeschichte?, Paderborn 2000, S. 265-282. Im folgenden wird eine ältere Clausewitz-Ausgabe benutzt, die über einen besonders umfangreichen Apparat verfügt: Carl von Clausewitz, Vom Kriege, hrsg. von Werner Hahlweg, 16. Aufl., Bonn 1952.

[3] Clausewitz, Vom Kriege, S. 89f.

[4] Clausewitz an Major i. G. von Roeder, 22. Dezember 1827, in: Clausewitz, Vom Kriege, S. 1119f.

[5] So Martin van Creveld, The Transformation of War, New York 1991 und John Keegan, A History of Warfare, London 1993.

[6] Clausewitz, Vom Kriege, S. 860.

[7] Javier Marías, There is no such thing as a war against terrorism, in: International Herald Tribune, 11./12. September 2004, S. 6.

[8] Sir Michael Howard, War against Terrorism. Lecture delivered at the Royal United Services Institute, October 30, 2001 und ders., September 11 and After: Reflections on the War Against Terrorism. A Lecture delivered at University College London on January 29, 2002. Die Vortragsmanuskripte wurden dem Verfasser von Sir Michael freundlicher Weise zur Verfügung gestellt.

[9] Dieses Argument erscheint mir allerdings fragwürdig, legt es doch gerade Osama Bin Laden recht erfolgreich auf Popularität an und sind al-Qaida sowie andere Terrorgruppen auf die Spenden wohlhabender Sympathisanten angewiesen. Vgl. hierzu den interessanten Artikel von Alan Cullison, Von: Osama Bin Laden, An: Mullah Omar, in: Die Weltwoche, 72/36, 2. September 2004, S. 49-55. In diesem Bericht analysiert Cullison die elektronische Korrespondenz von al-Qaida, die der amerikanische Journalist auf einer Festplatte in Kabul entdeckt hat.

[10] Vgl. Herfried Münkler, Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg 2002 und ders., Über den Krieg. Stationen der Kriegsgeschichte im Spiegel ihrer theoretischen Reflexion, Weilerswist 2002, 2. Aufl.

[11] van Creveld, Transformation of War.

[12] Friedrich von Bernhardi, Deutschland und der nächste Krieg, Stuttgart 1912.

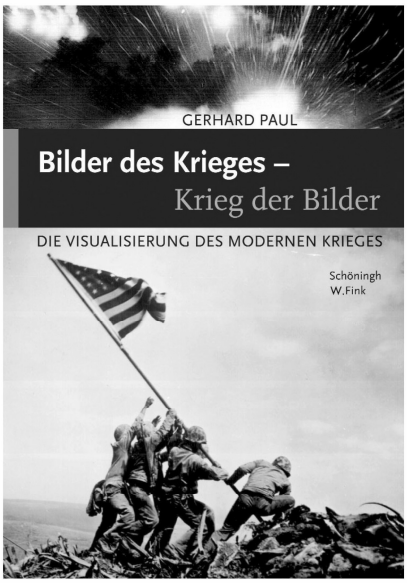
[13] Peter Waldmann, Terrorismus. Provokation der Macht, München 1998, S. 10.

[14] Ebenda, S. 10-18.

[15] Siehe den Bericht der Financial Times vom 10. September 2004, S. 3.
[16] Siehe die Titelgeschichte, „Die Folterer von Bagdad“, in: DER SPIEGEL, 19, 3. März 2004, S. 132-144.

Prof. Dr. Stig Förster, Historisches Institut, Länggassstraße 49, Universität Bern Unitobler, CH-3000 Bern 9, E-Mail: stig.foerster@hist.unibe.ch

Geschichte bei Schöningh



GERHARD PAUL

Bilder des Krieges Krieg der Bilder

Die Visualisierung des modernen Krieges

2004. 527 Seiten, mit 208 z. T. farb. Abb.,
Leinen mit Schutzumschlag,
€ 49,90
ISBN 3-506-71739-1

Der Titel erscheint in Gemeinschaftsproduktion mit dem Wilhelm Fink Verlag.

Auslieferung für die Schweiz:
Verlag Neue Zürcher Zeitung

Die europaweit erste Gesamtdarstellung des Bildes des modernen Krieges und des Krieges der Bilder. Das reich illustrierte Buch lehrt, die Bildersprache des Krieges zu lesen und zu verstehen – vom Amerikanischen Bürgerkrieg bis »Nine Eleven« und Afghanistan.

Enzyklopädie Erster Weltkrieg

Herausgegeben von *Gerhard Hirschfeld, Gerd Krumeich* und *Irina Renz* in Verbindung mit *Markus Pöhlmann*

Mit über 100 größtenteils unveröffentlichten Fotos und 23 Karten!

2., durchges. Auflage 2004. 1002 Seiten
im Großformat,
farbiger Festeinband
€ 78,- (Auslieferung Schweiz: Verlag NZZ)
ISBN 3-506-73913-1

PETER HOERES

Krieg der Philosophen

Die deutsche und britische Philosophie im Ersten Weltkrieg

2004. 648 Seiten, Festeinband
€ 78,-/sFr 131,-
ISBN 3-506-71731-6

MICHAEL SALEWSKI

Der Erste Weltkrieg

2., durchges. Auflage 2004.
X + 415 Seiten, 52 s/w Abb.,
Leinen mit Schutzumschlag
€ 29,90/sFr 50,80
ISBN 3-506-77403-4

Schöningh

Verlag Ferdinand Schöningh GmbH · Postf. 2540 · D-33055 Paderborn · Tel. 0 52 51 / 127-5 · Fax 127-860
e-mail: info@schoeningh.de · Internet: www.schoeningh.de

Der russisch-japanische Krieg von 1904/1905 und seine Bedeutung für Sibirien

von Eva-Maria Stolberg

1. *Das Vorfeld des Russisch-Japanischen Krieges: Diplomatie und Machtpolitik im Fernen Osten (1890-1904)*

Vor hundert Jahren begann mit dem Überfall Japans auf russische Kriegsschiffe vor Port Arthur am 26./27. Januar 1904 der Russisch-Japanische Krieg, den der russische Innenminister V.K. Plehve in einer anfänglichen Kriegseuphorie als „kleinen, kurzen Krieg" bezeichnete. Bereits 1895 hatte sich eine Konstellation der Konfrontation herauskristallisiert. Im chinesisch-japanischen Frieden von Shimonoseki verlangten die japanischen Sieger die Abtretung der Halbinsel Liaodong, die Teil der Mandschurei und der russischen Einflusssphäre war. 1896 folgte ein russisch-chinesischer Vertrag (der sog. Li-Lobanov Vertrag), der die Grundlage für den strategisch begründeten Bau der Ostchinesischen Eisbahn schuf. Der Baubeginn der Ostchinesischen Eisenbahn, als Zweiglinie der Transsibirischen Eisenbahn, ist in einem größeren geopolitischen Kontext zu sehen. Russland ging es um eisfreie Häfen in der Mandschurei, die an die Transsibirische Eisenbahn angebunden werden sollten; durch zunehmenden wirtschaftlichen Einfluss geriet es in Konflikt mit Japan, das ebenfalls die Rohstoffe der Mandschurei (z.B. Kohle) begehrte. Dieser ökonomische Konflikt darf bei der Betrachtung des Russisch-Japanischen Krieges von 1904/1905 nicht ausgeblendet werden. Konzessionen besaß das Zarenreich – neben der Mandschurei – auch in den chinesischen Häfen Tianjin und Hankou. Damit kontrollierte Russland das Gelbe Meer, die auch in wirtschaftlicher Hinsicht wichtigste Verkehrsverbindung zwischen Nordostchina und Korea, was letztlich eine Bedrohung für die japanischen Interessen in der südlichen Mandschurei darstellte. In der russischen und japanischen Publizistik nahmen die Stimmen der Kriegsparteien zu. 1900 schrieb Fürst Ėsper Uchtomskij, einer der Berater Nikolaus II., dass das Russische Reich in Asien keine anderen Grenzen haben könne, als „die den Kontinent umspülende blaue See". Der ganze asiatische Osten müsse zu einem „organischen" Teil des Reiches werden, so wie es Sibirien bereits durch die „Natur der Dinge" geworden sei. Die dem japanischen Außenministerium nahe stehende Zeitung „Jiji Shimpo" sprach von einem „Schicksalskampf" zwischen Russland und Japan in Nordostasien.

Seit den neunziger Jahren hatten der Militärgouverneur Russisch-Fernosts (Provinz Primore), Pavel Unterberger, und die russischen Botschafter in Tokyo, die Erfahrung in der Fernostpolitik besaßen, die Regierung in St. Petersburg vor einem möglichen Angriff der Japaner gewarnt. Die russische Botschaft in Tokyo berichtete regelmäßig über die Aufrüstung des japanischen Heeres und der Marine. Die Warnungen wurden vom russischen Kriegsministerium in den Wind geschlagen. Sogar während seiner Reise in den Fernen Osten leugnete Kriegsminister Kuropatkin die japanische Bedrohung. In seinem Lagebericht an Zar Nikolaus II. vom November 1903 sah Kuropatkin statt dessen einen Konflikt in Europa voraus.

2. Die Fehleinschätzung des russischen Kriegsministers Kuropatkin und die Folgen für die Militärpolitik in Sibirien und dem Russischen Fernen Osten

Kuropatkins Einschätzung hatte weit reichende Folge für die Militärpolitik in Sibirien und dem Russischen Fernen Osten. Als am 27. Januar 1904 – im Zusammenhang mit dem japanischen Angriff auf Port Arthur – in Sibirien der Kriegszustand erklärt wurde, war Vladivostok, der bedeutendste Hafen und Festung im Russischen Fernen Osten, gegen einen japanischen Angriff, mit dem gerechnet werden musste, in keinerlei Weise militärtechnisch gesichert. Ebenso fehlte eine Überwachung des Amur und Ussuri. Eine fehlende Koordination zwischen zentralen und regionalen Behörden kennzeichnete die militärpolitische Lage.

Verschiedene Gründe sollten Russlands Niederlage im Krieg bewirken. Da war nicht allein die fehlende Einsicht des russischen Generalstabs in die Analysen der sibirischen Militäradministration. Persönliche Animositäten und Profilierungssucht der Generäle auf dem

mandschurischen Kriegsschauplatz verhinderten eine effektive Strategie. Anweisungen des Generalstabs erreichten aufgrund administrativer Behäbigkeit selten die sibirische und fernöstliche Peripherie. Umgekehrt führten sich die Generäle im Fernen Osten wie selbstherrliche warlords auf – eine Tatsache, die auch der japanischen Gegenaufklärung nicht verborgen blieb. Die regionalen Polizeibehörden in Sibirien erkannten das Problem der japanischen Spionage und es wurde ein Erlass verfügt, dass sich japanische Migranten nicht mehr in den Städten entlang der Transsibirischen Eisenbahn niederlassen durften.

Es zeigte sich darüber hinaus das grundsätzliche Problem des sibirischen Hinterlandes, nämlich das Fehlen adäquater administrativer Strukturen (einschließlich des Militärs). Vor dem Hintergrund des Russisch-Japanischen Krieges fand die Autorität der Zentrale im weiten Sibirien ihre Grenzen. Als Japan am 27. Januar 1904 überraschend Port Arthur angriff, besaß Russland in den Militärbezirken Ostsibiriens und des Russischen Fernen Ostens nur 98.000 Soldaten, überwiegend Kosakenverbände.

Von einer Kriegseuphorie in Sibirien und dem Russischen Fernen Osten konnte keine Rede sein. Dem Zentrum gelang es nicht, die Bevölkerung für den Patriotismus zu gewinnen. Ein Augenzeuge berichtete aus Vladivostok, dass ungeachtet der Nähe zum Kriegsschauplatz die Bevölkerung mit der Ausweitung des Konfliktes auf das sibirische Hinterland nicht rechnete. Den Angriff auf Port Arthur sah man als japanische Drohgebärde und vertrat die Ansicht, dass der Krieg in der Mandschurei nicht lange dauern werde. Die japanischen Einwohner Vladivostoks waren dagegen skeptischer und zogen es vor, in ihr Heimatland zurückzukehren. Panik ergriff erst die Bevölkerung Vladivostoks, als bekannt wurde, dass die Lebensmittelvorräte nur acht Monate reichen würden. Ähnlich war auch die Situation im ostsibirischen Irkutsk, wo es nach Beginn der russisch-japanischen Kampfhandlungen zu Raub, Überfällen und Plünderungen kam.

Tatsächlich erschienen am 12. Februar 1904 in der Bucht von Vladivostok japanische Kriegsschiffe unter Führung Togos, der später im Zweiten Weltkrieg der bedeutendste japanische Admiral werden sollte. Im Gegensatz zum mandschurischen Kriegsschauplatz sind die russisch-japanischen Kampfhandlungen im Russischen Fernen Osten bisher nicht Gegenstand der historischen Forschung gewesen. Admiral Alekseev, Vertreter des russischen Generalstabes, rechnete bereits für den Februar mit der Landung japanischer Truppen in der Küstenprovinz Primore. Er hielt die mögliche Eroberung des Russischen Fernen Ostens durch die Japaner als einen ungeheuren Gesichtsverlust Russlands im Pazifik und ordnete zur Verteidigung Vladivostoks die Entsendung von Truppen aus Ostsibirien an. Für die in der Stadt Vladivostok aufgestellten Freiwilligenverbände meldeten sich aber zuwenig Männer, da der Krieg bei der Bevölkerung sehr unbeliebt war.

Logistische Probleme und die Moral der Soldaten verminderten die russische Kampffähigkeit im Fernen Osten. Obwohl die Transsibirische Eisenbahn 700.000 Soldaten und 93.000 Pferde aus dem europäischen Russland an den mandschurischen Kriegsschauplatz brachte, war sie für den Transport schwerer Artillerie nicht geeignet. Eine militärische Infrastruktur fehlte in Sibirien und dem Russischen Fernen Osten. Munition musste über 8.000 Kilometer aus dem europäischen Russland transportiert werden, da eine regionale Verteidigungsindustrie fehlte. Die Transsibirische Eisenbahn war zudem nur einspurig; das Tempo der Züge überschritt nicht 12 Verst pro Stunde (1 Verst = 1,06 Kilometer). Aufgrund fehlender Dockanlagen konnte Vladivostok als Militärhafen nicht genutzt werden. Statt dessen wurde die Baltische Flotte um das Kap der Guten Hoffnung in den Fernen Osten entsandt. Nach einer langen Reise und Aufenthalt in tropischen Gewässern entkräftet, waren die Mannschaften an das Klima im Fernen Osten nicht gewöhnt und wurden den Japanern ein leichter Gegner. Wie sehr die Russen auf „verlorenem Posten“ standen, zeigte das Ansinnen der russischen Regierung, die Seeroute durch das Nördliche Eismeer für Truppentransporte zu nutzen. Die 22 Schiffe, die in Großbritannien angefertigt worden waren, und ein alter Rheindampfer erreichten nie ihren Bestimmungsort.

Disziplinlosigkeit und weit verbreiteter Alkoholismus untergruben den Kampfgeist

der russischen Truppen in der Mandschurei. Der Vodka war der beste Verbündete der Japaner. Sowohl gewöhnliche Soldaten als auch Offiziere frönten der russischen „Volkskrankheit". Zu Beginn des Krieges hatte die zaristische Regierung dafür gesorgt, dass der Alkohol zum Proviant der kämpfenden Truppe gehörte. Allein im August 1904 erreichten 300.000 Vedro (1 Vedro = 12,30 Liter) die mandschurische Front. Exzessiver Alkoholismus und andere Laster wie Vergewaltigungen und Vandalismus, unter denen vor allem die chinesische Bevölkerung zu leiden hatte, wurden immer wieder von russischen und ausländischen Beobachtern beschrieben.

Heimweh und Selbstzweifel in einer fremden Umgebung riefen eine Missstimmung unter den russischen Soldaten hervor: Warum fern von Zuhause für ein Stück chinesisches Land sterben? Desertionen, Selbstmord und Selbstverstümmelung standen für die Verzweifelung der Soldaten. Es war die psychische Rebellion gegen die Unterwerfung des Individuums unter der Befehlshierarchie der Armee. Hunger, Krankheit und die Absurdität des Kriegs hatten formative Auswirkungen auf die soldatische Psyche. Sowohl im sibirischen Hinterland als auch an der mandschurischen Front fehlten Ärzte, und Medikamente waren rar – von einer psychologischen Betreuung der Soldaten ganz zu schweigen. Statt dessen waren die Soldaten für die wenigen Psychiater eher Studienobjekte. Desertion und Selbstverstümmelung als Form von militärischem Ungehorsam wurden von den russischen Militärpsychiatern als „Verrücktheit" des einzelnen, nicht als Folge der Missstände in der Armee zurückgeführt. Soziale Devianz der Soldaten erfuhr damit eine Pathologisierung. Desertion, Selbstverstümmelung und Alkoholismus standen für die Charakterlosigkeit und Asozialität des „Defektmenschen" in Uniform. Erstmals wurde im Russisch-Japanischen Krieg die Neurose studiert.

Die letzte Motivation der Soldaten schwand mit der Nachricht vom Petersburger "Blutsonntag" (9. Januar 1905). Unter dem Eindruck der revolutionären Ereignisse in der Heimat wünschten sie, die in Briefkontakt mit ihren Familien standen, nichts sehnlicher als die schnelle Rückkehr nach Hause und so kam es zu Massendesertionen. Die Tatsache, dass fast jeder zweiter Soldat die Front verließ, zeigte, dass die Ausübung staatlicher Gewalt an der sibirischen Peripherie in Frage gestellt wurde. Das Militär als soziale Integration versagte, so erzielten Präventions- und Sanktionsmöglichkeiten in dem weiträumigen Hinterland kaum eine Wirkung, denn hier boten sich günstige Gelegenheiten zur Flucht und zum Verstecken. Die nichtsesshaften Deserteure lebten von Überfällen und Diebstählen. Die in Sibirien und Russisch-Fernost kaum institutionalisierte Militärgerichtsbarkeit sah sich außerstande, Fahnenflucht zu sanktionieren. Wiederholt hatten die Soldaten – in der Mehrheit Bauern – in Petitionen den Generalstab und die Regierung unter Hinweis auf die angespannte ökonomische Lage ihrer Familien gebeten, das mandschurische Abenteuer zu beenden. Obwohl die politische Agitation der Sozialdemokraten und Sozialrevolutionäre in der mandschurischen Armee nicht unbeträchtlich war, spielten vor allem persönliche Gründe der Soldaten wie Heimweh und Sehnsucht nach der Familie eine nicht zu unterschätzende Rolle. Persönliche Unzufriedenheit war ein idealer Nährboden für politische Agitation. Diese betraf vor allem die ostsibirischen und fernöstlichen Militärbezirke, die als Versorgungsbasis der mandschurischen Armee dienten. Zahlreiche Berichte von Beamten zeugen davon, dass die männliche Jugend in den sibirischen Städten und Dörfern einen Widerwillen gegen den Krieg im Fernen Osten hegten, dies, obwohl in den Schulen patriotische Veranstaltungen abgehalten wurden. Zum Beispiel hatte der für Irkutsker Volksschulen zuständige Leiter des Schulamtes, M.A. Zaostrovskij, vor Schülern und Lehrern einen Rede über die Bedeutung des Krieges mit Japan gehalten, in dem er an die patriotische Gesinnung der jüngeren Generation ausdrücklich appellierte.

Gerade im Zusammenhang mit dem Krieg im Fernen Osten wurde die Schule in Sibirien zum Ort der Bildung der Nation und sollte in den Schülern nationales Bewusstsein wecken. Unterrichtet wurde in den Volksschulen wie auch Gymnasien die russische Nationalgeschichte, die in der Glorifizierung der Romanovs ihren Ausdruck fand, wie auch die Eroberung Sibiriens durch die Russen, ihre Kulturmission in Asien. Zaostrovskijs Rede ist nur

ein Beispiel dafür, dass die Erziehung in den Dienst der Politik gestellt wurde. Den nationalen Mythos in der Öffentlichkeit pflegte nicht zuletzt das russische Militär. Während des Russisch-Japanischen Krieges wurden in zahlreichen sibirischen Städten öffentliche Vorträge von Offizieren über die militärischen Leistungen der russischen Kosaken und Soldaten in der Geschichte Sibiriens vom 16. bis 19. Jahrhundert gehalten. So sprach zum Beispiel am 12. März 1904 Stabskapitän Sobolevskij vor der Irkutsker Öffentlichkeit über den ersten russischen Vorstoß zum Amur Mitte des 17. Jahrhunderts und die Entwicklung der Amurregion vor Ausbruch des Russisch-Japanischen Krieges. Anlässlich des Vortrages spendeten Irkutsker Bürger 1.500 Rubel für die russische Pazifikflotte.

3. Folgen der Niederlage

Die Niederlage des Zarenreiches im Russisch-Japanischen Krieg von 1904/1905 legte die Grundlage für den Aufstieg Japans zur Großmacht im ostasiatisch-pazifischen Raum. Durch den Frieden von Portsmouth verlor Russland die eisfreien Häfen im Pazifik. Was die historische Forschung zum Russisch-Japanischen Krieg übersehen hat, der Vertrag von Portsmouth hatte auch Auswirkungen auf Sibirien, denn Russland musste Japan Fischereikonzessionen in der Bering-See und dem Ochotskischen Meer einräumen. Das war eine Verpflichtung, die über die Intention des Friedensvertrages hinausging, da sie die Integrität russischer Hoheitsgewässer betraf. Der russische Historiker Aleksandr Širokorad schätzt, dass die Ausfuhr von Fisch aus den Gewässern des Russischen Fernen Ostens durch die Japaner sich zwischen 1907 und 1911 verdreifacht hat. Der Fisch wurde vor allem an Korea und China weiterverkauft. Japanische Fischfangunternehmen ließen sich u. a. auf Kamčatka nieder. Die russische Seite befürchtete zu Recht durch die Konzessionen in der Mandschurei und Korea, den Verlust Sachalins sowie durch die Fischereirechte, die sie Japan einräumen musste, eine japanische Bedrohung für den angrenzenden Russischen Fernen Osten. In den Jahren 1907 bis zum Ersten Weltkrieg verstärkte das Zarenreich daher seine Verteidigungsanlagen in Priamur und Primore, die Amurflottille wurde ausgebaut. Allerdings bewirkte der Erste Weltkrieg einen Abzug von Soldaten und Kriegsgerät ins Baltikum und damit eine unzureichende Verteidigung des Russischen Fernen Ostens.

Der Frieden von Portsmouth wurde dennoch mit Enttäuschung und Entrüstung in Japan aufgenommen. Neben den anarchistisch-pazifistischen Strömungen kamen nach 1905 auch andere zu ihrer Entfaltung. Der Militarismus und ein übersteigerter Nationalismus sollten sich in der japanischen Geschichte als dauerhafter erweisen. Ein starker Impuls war durch den Sieg im Russisch-Japanischen Krieg gegeben worden, denn erstmals hatte Japan eine „weiße Macht" besiegt. Dieses Ereignis sollte auf Jahrzehnte hinaus das Nationalbewusstsein stärken und begründete bis 1945 den Nimbus von der Unschlagbarkeit der japanischen Streitkräfte, der schon kurz nach Ende des Russisch-Japanischen Krieges Eingang in die Schulbücher fand. In Balladen wurden die Heldentaten Admiral Togos und General Nogis besungen und zahlreiche Kriegsalben erschienen, was im übrigen in Kontrast zu der späteren Sibirien-Intervention steht, deren Scheitern jahrzehntelang tabuisiert wurde.

Literatur:

RGVA (Rossijskij Gosudarstvennyj Voennyj Archiv), Moskau, fond General'nyj štab, d. 40999.

V.A. Apuškin, Russko-japonskaja vojna, Moskva 1910, tom 1: sobytija na Dal'nem Vostoke, predšestvovašija vojne, i podgotovka k ėtoj vojne.

Geheimdienstaufzeichnungen von Colonel Akashi Motojioro, Meiji 37 nen himitsu hi shiharai meisai.

N.V. Sljunin, Sovremennoe položenie našego Dal'nego Vostoka, St. Petersburg 1908.

A.B. Širokorad, Russko-Japonskie vojny 1904-1945gg., Moskva 2003.

Neuere, westliche Darstellung zum russisch-japanischen Krieg unter kulturwissen-

schaftlichen Aspekten (allerdings ohne Bezug zu Sibirien):

David Wells, Sandra Wells (Ed.), The Russo-Japanese War in Cultural Perspective, 1904-1905, Basingstoke - London 1999.

Die Verfasserin Eva-Maria Stolberg (geb. 1964) hat nach einem Studium der Neueren Geschichte unter bes. Berücksichtigung Osteuropas, Sinologie, Slavistik und Japanologie an den Universitäten Bonn, Moskau, Peking und Tokyo 1997 über die sowjetisch-chinesischen Beziehungen promoviert und ihr derzeitiges Forschungsprojekt „Sibirien – Russlands Wilder Osten. Mythos und soziale Realität. Ein Beitrag zur Frontier-Debatte" im Sommer 2004 abgeschlossen. Seminar für Osteuropäische Geschichte, Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn,
E-Mail: eva_mariastolberg@hotmail.com

Brennpunkt Südosteuropa

Jugoslawien im Zweiten Weltkrieg – Schauplatz erbitterter Kämpfe von erschreckender Brutalität.

Der Autor Klaus Schmider, Dozent für Militärgeschichte an der Royal Military Academy in Sandhurst, stellt hier erstmals die politische und militärische Entwicklung vor Ort in einen Gesamtzusammenhang. Er untersucht die Gründe für die präzedenzlose Intensität des Widerstandes, die Kollaboration mit den Serben und Kroaten sowie die Probleme bei der Koalitionskriegführung mit den Italienern. Darüber hinaus widmet er sich dem Scheitern der wirtschaftlichen Ausbeutung des Landes und den taktisch-operativen Ursachen für das Fehlschlagen der meisten deutschen Operationen.

ISBN 3-8132-0794-3
€ 39,90

Koehler/Mittler
www.koehler-mittler.de

Quo vadis, BGS?
Der Anfang des Bundesgrenzschutzes und seine Zwitterrolle zwischen Polizei und Militär (1951-1956)
von Frank Gerlich

Im März 1951 ist der Bundesgrenzschutz (BGS) gegründet worden. Aber nur gut fünf Jahre später wechselten mehr als die Hälfte seiner Beamten zur dann ebenfalls neu gegründeten Bundeswehr. Tatsächlich war der BGS in diesen fünf Jahren Gegenstand wechselnder politischer Vorgaben, die ihn entweder auf seine Rolle als Sonderpolizei des Bundes beschränkt oder ihn als Kaderformation einer künftigen Armee verstanden wissen wollten. Die Auseinandersetzungen fanden auch personell ihren Niederschlag im Gegenüber eines „Polizeiflügels" und eines „Militärflügels" innerhalb des BGS und des Bundesinnenministeriums. Die Frühzeit des BGS bildete daher eine recht spannende Kette von Missverständnissen und Tabuisierungen (Georg Meyer). Sie war bereits in seiner Vorgeschichte angelegt.

Die sicherheitspolitische Vorgeschichte des BGS

Bundeskanzler Konrad Adenauer ernannte am 24. Mai 1950 General der Pz.Tr. a.D. Gerhard Graf von Schwerin zum „Berater des Bundeskanzlers in Sicherheitsfragen", der im Bundeskanzleramt unter der Tarnbezeichnung „Zentrale für Heimatdienst" einen kleinen Stab aufbaute. Der Bundeskanzler verfolgte in seiner Außenpolitik das primäre Ziel, durch Wiederaufrüstung im Rahmen der westlichen Verteidigungsbemühungen die Souveränität wiederzuerlangen. Die konkreten Sicherheitsfragen standen ganz im Schatten des großen Plans. Es war Schwerins Aufgabe, ein breites Spektrum von Lösungsmodellen für eine eventuelle Beteiligung der Bundesrepublik an der Sicherung des Westens zu entwickeln. Zu den Modellen zählte – neben dem Aufbau militärischer Verbände – die Polizei als Vorstufe eines westdeutschen Verteidigungsbeitrags, wozu diverse Entwürfe formuliert und zur Diskussion gestellt wurden. Schwerins Modell einer mobilen Bundespolizei verknüpfte Optionen zur inneren und äußeren Sicherheitspolitik. Neben der polizeilichen inneren Sicherheit war der Schwerinschen Bundespolizei die Rolle als Kader für den verdeckten Aufbau militärischer Kontingente zugedacht. Nur deswegen war das Modell für Adenauer, der mit Hilfe einer solchen Zwischenlösung von der inneren zur äußeren Sicherheit gelangen wollte, von Relevanz.

Aber schon nach der Konferenz der Besatzungsmächte und der NATO-Außenminister im September 1950 in New York, als die Bundesrepublik in die Verhandlungen über eine künftige Sicherheitspolitik einbezogen wurde, ließ Adenauer die Polizeilösung als außenpolitisches Mittel fallen und strebte nun den Aufbau militärischer Verbände ohne Umweg an. Der sicherheitspolitische Wendepunkt schien erreicht – die Konzepte zur inneren und äußeren Sicherheit traten wieder auseinander. Theodor Blank, seit dem 8. November 1950 „Beauftragter [später: Bevollmächtigter] des Bundeskanzlers für die mit der Vermehrung der Alliierten Truppen zusammenhängenden Fragen", löste im Auftrag des Kanzlers die „Zentrale für Heimatdienst" zum 30. November 1950 auf.

Die Gründung des Bundesgrenzschutzes

Adenauer teilte den Alliierten Hohen Kommissaren am 12. Oktober 1950 mit, dass sich das Bundesministerium des Inneren (BMI) mit der Planung einer Bundespolizei befassen werde. Bundesinnenminister Robert Lehr legte am 25. November 1950 dem Bundeskabinett den Entwurf eines Bundesgrenzschutz-Gesetzes vor, gestützt auf Art. 87 Abs. 1 Satz 2 GG, laut dem durch Bundesgesetz Bundesgrenzschutzbehörden eingerichtet werden können. Mit der Zustimmung der Bundestagsopposition und der Genehmigung der Westalliierten wurde der Bundesgrenzschutz im Frühjahr 1951 nach einem legislativen Entscheidungsprozess von nur vier Monaten Dauer ins Leben gerufen. Lehr äußerte im Bundestag die Absicht, die BGS-Behörden mit eigenen Exekutivkräften in Form kasernierter und vollmotorisierter Einheiten auszustatten. Die SPD äußerte die Besorgnis, dass auf dem Umweg über den BGS eine Remilitarisierung be-

wirkt werden könnte. Dieser Besorgnis trat Lehr im Bundestag am 15. Februar 1951 mit der Versicherung entgegen, er werde mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln dafür eintreten, „dass die künftigen BGS-Behörden als echte Polizei-Behörden der verfassungsmäßigen Ordnung dienen und ihre Kräfte zum Wohle unseres Volkes für seine innere Freiheit und seine Sicherheit eingesetzt würden".

Aus dem Wortlaut des Art. 87 Abs. 1 Satz 2 GG sowie des 1. BGSG (16. März 1951) geht hervor, dass der Bund sich für Zwecke eines Grenzschutzes einen bundeseigenen Unterbau mit Ober-, Mittel- und Unterbehörden schaffen kann. Dieses Ziel verfolgte die Bundesregierung im Gesetzgebungsprozess des 1. BGSG. Speziell die Oberbehörde des BGS – das BGS-Oberkommando (sic!) – sollte das BMI von nicht-ministerieller Tätigkeit entlasten. Der Ausschuss des Bundestages für Angelegenheiten der inneren Verwaltung lehnte das jedoch ab, da eine eigene Oberbehörde höhere Kosten verursache und die unmittelbare Unterstellung des BGS unter den Bundesinnenminister eine bessere Kontrolle durch das Parlament sichere. Das Plenum des Bundestages schloss sich dem an, so dass die für das BGS-Oberkommando vorgesehenen Aufgaben dem BMI unmittelbar übertragen werden mussten. Als Muster für die Gliederung der BGS-Mittelbehörden diente der Aufbau einer Infanterie-Brigade (Grenzschutzkommando), die aus zwei Regimentern (BGS-Gruppen), je drei Bataillonen (BGS-Abteilungen), je drei Kompanien (BGS-Hundertschaften) usw. zusammengesetzt war. Die Bundesregierung beschloss am 23. Juni 1951, in jedem der an die DDR angrenzenden Bundesländer eine BGS-Mittelbehörde in Form eines Grenzschutzkommandos (GSK) zu errichten. Am 1. Juli 1951 wurde zusätzlich der Seegrenzschutz-Verband des BGS in der ehemaligen Unterseeboot-Schule in Neustadt (Holstein) aufgestellt.

Die Soll-Stärke des BGS wurde nicht per Gesetz geregelt, sondern durch Beschluss des Bundestages vom 15. Februar 1951 auf 10.000 Mann festgesetzt. Bei der Offizier-Bewerbungsstelle lagen 1951 für 452 BGS-Offizierstellen rund 41.000 Bewerbungen vor! Man griff bei der Besetzung der Offiziers- und Zugführerplanstellen bewusst und ausschließlich auf ehemalige Polizeibeamte und Wehrmachtsangehörige zurück, die Erfahrung bei der Verwendung in vollmotorisierten Einheiten und Verbänden hatten. Laut DDR-Literatur handelte es sich bei 62 % der neu eingestellten Führungskräfte um ehemalige Wehrmachtsoffiziere, bei 31 % um ehemalige Polizeikräfte, die 1935 zur Wehrmacht übergetreten waren, und bei 7 % um ehemalige Polizisten. Die westdeutsche Literatur liefert über die Herkunft des Führungspersonals keine Auskunft.

Am 19. September 1952 beschloss das Bundeskabinett eine Vergrößerung des BGS auf 20.000 Mann, der Bundestag bestätigte die Vergrößerung am 19. Juni 1953. Das wurde aus drei Gründen für notwendig erachtet. Die Option, eine Bundesbereitschaftspolizei zu schaffen, konnte aufgrund der Haltung von CSU und BP nicht genutzt werden. Die Aufstellung der Bereitschaftspolizeien der Länder ging nur schleppend voran. Schließlich wurden die Anzahl der BGS-Truppenverbände und ihre Einsatzfähigkeit durch die in Ausbildung befindlichen Dienstanfänger und den rund 1.000 Mann benötigenden Bundespasskontrolldienst/BGS-Einzeldienst gemindert.

Der BGS im „Flügelkampf"

Allerdings dachte und sprach der BGS in den Anfangsjahren keineswegs mit einem Geist und einer Stimme. Vielmehr standen sich im BGS ein „Polizei"- und ein „Militärflügel" gegenüber. Der starke, ausschlaggebende „Polizeiflügel" auf Ministeriumsebene wehrte sich gegen die Behauptung, es handele sich beim BGS doch um getarntes Militär, und verteidigte bis 1956 die Unabhängigkeit des BGS von den Streitkräften. Sein Exponent hieß Ludwig Dierske, der als Ministerialrat von Juli 1951 bis Juni 1956 Personalreferent und von Juli 1951 bis Juli 1954 in Personalunion Referent für das Bildungswesen des BGS war. Nach dem Ersten Weltkrieg war Dierske zur preußischen Schutzpolizei gegangen und unter Preußens Innenminister Carl Severing als Polizeihauptmann Personal-Sachbearbeiter geworden. Im Zweiten Weltkrieg diente er als Hauptmann der Reserve beim Flakstab Oslo. Die ehemaligen Wehrmachtoffiziere im BGS schrieben Dierskes Polizei-Gesinnung der Tatsache zu, dass von insgesamt sieben BGS-Regimentskommandeuren sechs früher zur Schutz- oder Landespolizei gehörten. Dierske

selbst äußerst sich ex post abwägend zum Dualismus von polizeilicher und militärischer Einsatzmöglichkeit des BGS:

„Es soll durchaus zugegeben werden, dass manche Sprachregelung im BGS und manche Übungsanlage zu sehr von militärischen Erwägungen her bestimmt war, aber die Grenze zwischen polizeilichem und militärischem Einsatz an der SBZ-DL war, weil ‚dem eigenen Willen der unabhängige Wille des Störers begegnet', nur sehr schwer zu ziehen."

Andererseits existierte auf der oberen Etage des BGS und in der „Truppe" ein beachtenswerter „Militärflügel". An höchster Stelle gehörte General der Infanterie a.D. und Ministerialdirigent Gerhard Matzky, Unterabteilungsleiter im BMI und Inspekteur des BGS, zu den „Militärs". Er war von 1957 bis 1960 erster Kommandierender General des I. Korps der Bundeswehr (Münster). Daneben gehörten die später in der Bundeswehr Generalsränge erreichenden Obersten i.BGS Christian Schaeder und Werner Haag sowie Brigadegeneral i.BGS Kurt Spitzer dieser Gesinnungsfraktion an. Die Herren betrachteten den BGS als Vorläufer für die erwartete Aufstellung deutscher Streitkräfte, was wohl die verbreitete Auffassung der BGS-Beamten in der „Truppe" war. Auch der ungediente freiwillige Nachwuchs für den einfachen, mittleren und höheren Dienst fasste in der Mehrzahl seine Ausbildung als Vorbereitung für eine künftige militärische Verwendung auf.

Am 4. November 1955 empfahl der erst wenige Wochen vorher eingerichtete Bundesverteidigungsrat der Bundesregierung überraschend, die „BGS-Soldaten" für einen effektiven Aufbau der Bundeswehr zu übernehmen. Der stellvertretende Vorsitzende, Franz Josef Strauß, damals Bundesminister für Atomfragen, hatte bereits vorgeschlagen, die eingespielten Grenzschutz-Bataillone komplett als Infanterie-Kader in die Bundeswehr zu übernehmen. Bundesverteidigungsminister Blank war auf diesen „Überfall" nicht vorbereitet und wusste dazu nichts zu sagen. Der Antrag wurde angenommen. Vor dem Bundeskabinett wehrte sich Blank gegen die Übernahme geschlossener Einheiten des BGS, was den BGS-Angehörigen keineswegs unbekannt geblieben ist. Das Bundeskabinett beschloss am 11. November 1955:

„Der BGS wird auf der Grundlage der freiwilligen Entscheidung der Grenzjäger zur beschleunigten Aufstellung der Streitkräfte verwendet. Die Bundesregierung wird die zur Durchführung dieses Beschlusses notwendigen gesetzlichen Maßnahmen dem Bundestag vorschlagen. Das BMI und das BMVtdg. haben begonnen, die erforderlichen Maßnahmen durchzuführen."

Der Beschluss der Bundesregierung löste auch noch drei Wochen später in der Beratung des Ausschusses für Fragen der europäischen Sicherheit am 2. Dezember 1955 Überraschung und Verwunderung aus, stand er doch im krassen Gegensatz zur bisherigen eigentümlichen gegenseitigen Abstinenz von BMI und BGS einerseits und Amt Blank/BMVtdg. andererseits. Weshalb dieser plötzlicher Sinneswandel, der ja den äußersten Fall, die gänzliche Preisgabe der Verbände des BGS, einschloss? Bundesverteidigungsminister Blank äußerte sich dazu sehr zurückhaltend und bekräftigte auf die Frage des Ausschussvorsitzenden Richard Jaeger, die Initiative sei nicht von ihm persönlich ausgegangen. Bundesinnenminister Gerhard Schröder bekannte, nachdem ihn Jaeger für seine über Ressortgrenzen hinaus denkende Haltung gelobt hatte, er habe darin eine „nationale Priorität" gesehen.

Die Übertritte in die Bundeswehr – eine zweite Überraschung

Indem der Bundestag in die Kabinettsvorlage des 2. BGSG eine Vorschrift einbaute, die dem Verteidigungsminister das Recht konzedierte, einzelne BGS-Angehörige nach Belieben abzuweisen, entsprach er Blanks Wünschen. Das 2. BGSG, das am 30. Mai 1956 verkündet wurde und am 31. Mai 1956 in Kraft trat, zog überdies zwar den BGS zum Aufbau der Bundeswehr heran (§ 1 Abs. 1), und der Bundesminister für Verteidigung erhielt die Ermächtigung, aus den bestehenden Verbänden des BGS Verbände der Bundeswehr aufzustellen (§ 1 Abs. 2). Aber zugleich gab es jedem BGS-Angehörigen die Möglichkeit, binnen eines Monats nach Inkrafttreten des Gesetzes die Überführung in die Bundeswehr abzulehnen und beim BGS zu bleiben („negative Optionsklausel", § 2 Abs. 3).

Die BGS-Truppe bot sich mit ihren gut ausgebildeten paramilitärischen Verbänden als Kadertruppe zum Aufbau von Streitkräften an, durch die der BGS ohnehin einen wesentlichen Teil seiner ursprünglichen Existenzberechtigung verlor (Hans Ehlert). Tatsächlich aber entschieden sich überraschend viele Vollzugsbeamte, nämlich 42,4 % (7.042) von insgesamt 16.614, für den Verbleib im BGS. Es wechselten daher 57,6 % (9.572) des Personals der BGS-Truppe am 1. Juli 1956 Uniform und Berufsstatus. Überproportional vertreten waren darunter die Offiziere, die sich zu 77,5 % (593) der Bundeswehr anschlossen. Da Bundesinnenminister Schröder auf eine Wiederaufstellung des Seegrenzschutzes verzichtet hatte, gingen auch fast 86 % der BGS-Gruppe See zur Bundesmarine. Das war aber so ungefähr die Quote, die für den ganzen BGS erwartet worden war. Der BGS-Verband, die Interessenvertretung der BGS-Angehörigen, hatte ausdrücklich mit über 80 % an Übertrittswilligen gerechnet, das BMI sogar mit 85 %.

„Der Spiegel“ vom 11. Juli 1956 bewertet das Ergebnis als Niederlage des Bundesverteidigungsministers Blank und schreibt:

„Die gewohnt dröhnende Selbstgefälligkeit Theo Blanks ist seit dem Montag vergangener Woche etwas sanfteren Tönen gewichen. Der Schnellplaner Blank, dessen Übermut bis dahin weder in der Vernunft noch im Takt eine Grenze fand, hat einen Stoß einstecken müssen, von dem er sich so schnell nicht erholen wird.“

Der BGS stellte, so ist aus Blanks Aussagen vor dem Ausschuss des Bundestags für Fragen der europäischen Sicherheit am 2. Dezember 1955 zu schließen, für die Dienststelle Blank allerdings eine nahezu unbekannte Größe dar. Ein bedeutender Grund dafür ist, dass Blanks Dienststelle keinesfalls den Entmilitarisierungsbestimmungen der drei westlichen Siegermächte zuwiderhandeln und den BGS als „Schwarze Reichswehr“ in Verdacht bringen wollte. Deshalb war es für Blank undenkbar, den BGS als eine Art Lehr- und Versuchstruppe seiner Dienststelle zu betrachten. Deshalb verboten sich offizielle Kontakte zwischen beiden Einrichtungen. Neben der eigentümlichen gegenseitigen Abstinenz zwischen dem Innenausschuss des Bundestages und den leitenden Stellen des BGS im BMI einerseits und anderen parlamentarischen Gremien und der Dienststelle Blank andererseits kam es nur zu gelegentlichen persönlichen Kontakten alter Kameraden – dieser Angestellte in der Dienststelle Blank, jener Offizier im BGS. Dabei waren die Beziehungen ehemaliger Marineoffiziere am intensivsten, was auf die besonders enge Kameradschaft in Reichs- und Kriegsmarine zurückzuführen ist.

Mag das Entscheidungsergebnis auch als eine Art interner Sieg des „Polizeiflügels“ erscheinen, so ist die überraschend geringe Zahl an Übertrittswilligen doch auf die unverkennbare Voreingenommenheit der Dienststelle Blank gegenüber dem BGS zurückzuführen. Sie hat im BGS anhaltend die Bereitschaft geschmälert, ohne weiteres zu den Streitkräften überzutreten, was zunächst als Selbstverständlichkeit gegolten hatte. Zu Blanks Voreingenommenheit gegenüber dem BGS schreibt „Der Spiegel“ (2. November 1955) und spricht damit implizit bereits die zukünftige Auseinandersetzung innerhalb der Bundeswehr zwischen den so genannten Reformern und Traditionalisten an:

„Aus welcher Quelle Blanks Bedenken fließen, ist unschwer zu erraten. Es war Blanks Reform-Geist, der Major im Generalstab außer Diensten Graf Baudissin, Referent der Gruppe ‚Innere Führung‘ im Verteidigungsministerium, der schon vor Jahresfrist mit der Parole hausieren ging, der Grenzschutz als Infanterie-Kader werde dem ‚Bürger in Uniform‘ den Todesstoß versetzen. Denn alte Kommiss-Unarten hätten im Grenzschutz neue Blüten getrieben.“

Die Bundesregierung beabsichtigte, mit dem BGS den militärischen Grundstock für drei Grenadierdivisionen zu bilden. Dazu war die Überführung von Verbänden, nicht von Einzelpersonen geplant. Aber ließ das die erheblich hinter den Erwartungen zurückgebliebene Übertrittsquote zu? Hinzu kommt, dass die BGS-Offiziere, -Unteroffiziere und -Grenzjäger und auch die einzelnen Verbände sich ganz unterschiedlich verhielten. Um den Nutzeffekt der Übergetretenen für den Aufbau der Bundeswehr beurteilen zu können, muss deren Verwendung in den neuen Streitkräften quellengesättigt untersucht werden. Das steht noch aus.

Literatur:

Ludwig Dierske, Der Bundesgrenzschutz. Geschichtliche Darstellung seiner Aufgaben und Entwicklung von der Aufstellung bis zum 31. März 1963, Regensburg, München, Wien 1967.

Hans Ehlert, Innenpolitische Auseinandersetzungen um die Pariser Verträge und die Wehrverfassung 1954-1956, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, Bd. 3: Die NATO-Option. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München 1993, S. 235-560.

Roland G. Foerster, Innenpolitische Aspekte der Sicherheit Westdeutschlands 1947-1950, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, Bd. 1: Von der Kapitulation bis zum Pleven-Plan. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München, Wien 1982, S. 403-575.

Reinhard Gelbhaar, Entwicklung, Struktur und Funktionen des Bundesgrenzschutzes (BGS) der BRD, Diss. A, Berlin (Ost) 1978.

Günter Kießling, Vor fünfundzwanzig Jahren. Die Überführung des Bundesgrenzschutzes, in: Europäische Wehrkunde, 30 Jg. (1981), Heft 6, S. 241-254.

Georg Meyer, Zur inneren Entwicklung der Bundeswehr bis 1960/61, in: Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956, Bd. 3: Die NATO-Option. Hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt, München 1993, S. 851-1162.

Christian Schaeder, 9 500 Soldaten kamen aus dem Bundesgrenzschutz, in: Truppenpraxis 1980, Heft 11, S. 882 f.

Bernd Walter, BGS – Polizei des Bundes, Stuttgart, München, Hannover 1983 (= Polizei aktuell, Bd 24).

Dietrich Zboralski, Banditen, Gangster, Söldner. Der Bundesgrenzschutz – eine Kadertruppe des klerikal-militärischen Regimes in Westdeutschland, Berlin (Ost) 1960

Frank Gerlich, E-Mail: Frank.Gerlich@gmx.de

WISSENSCHAFTLICHE PROJEKTE

„Besondere Maßnahmen“. Weitergabe, Ausführung und Akzeptanz des Kommissarbefehls im Ostheer 1941/42 (Dissertation)

von Felix Römer

Die Geschichte des so genannten Kommissarbefehls, des völkerrechtswidrigen „Führererlasses“, der dem deutschen Ostheer die sofortige, verfahrenslose Exekution aller kriegsgefangenen sowjetischen Politoffiziere während des „Unternehmens Barbarossa“ vorschrieb, ist noch immer umstritten. Obwohl die moderne Militärgeschichtsschreibung mittlerweile zu der Auffassung gelangt ist, dass die „verbrecherischen Befehle [...] überwiegend von den Divisionen, Korps und Armeen an der Ostfront ausgeführt“ (Müller/Ueberschär 2.000) worden sind, verstummen die Stimmen nicht, die im Gegenteil der Mehrzahl der deutschen Frontverbände attestieren, die Ausführung des Kommissarbefehls auf Grund moralischer Bedenken umgangen und verweigert zu haben. Die Kontinuität der Kontroverse offenbarte sich zuletzt auf der Washingtoner Jahrestagung der German Studies Association im Oktober des vergangenen Jahres: Dort stand ein Vortrag über die Umsetzung des Kommissarbefehls bei der 17. Armee auf dem Programm (Session 152), der in eine Sektion über deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus integriert war und auch zu einem entsprechenden Ergebnis kam.

Die Ursachen für das Fortdauern der Debatte und die Spannbreite der konkurrierenden Deutungsangebote liegen vor allem in einem Forschungsdefizit: Eine Monographie zum Thema fehlt nach wie vor, die Möglichkeiten zur Erforschung dieses Komplexes sind noch nicht ausgeschöpft. Auch Jürgen Förster wies in seinem grundlegenden und bis heute maßgeblichen Beitrag aus dem Jahr 1983 (DRZW Bd. 4) darauf hin, dass „eine quantifizierende Untersuchung noch immer aussteht“. Die bislang vorliegenden Arbeiten sind paradigmatisch angelegt, die Auswahl der Untersuchungsbereiche erfolgte stichprobenartig – eine flächendeckende Untersuchung über die Handhabung des Kommissarbefehls im gesamten Ostheer dagegen stellt ein Forschungsdesiderat dar.

Es ist das Ziel des Dissertationsprojektes, diese Lücke zu schließen. Der Beobachtungshorizont der Untersuchung erstreckt sich daher auf das Ostheer in seiner gesamten quantitativen Breite und hierarchischen Tiefe: Erstmals werden die für die Fragestellung relevanten Aktenbestände sämtlicher Kommandobehörden der deutschen Ostfront systematisch erschlossen. Im Mittelpunkt der Quellenrecherche steht die Aktenüberlieferung der Feindnachrichtenabteilungen (3. Generalstabsabteilung/Ic-Abteilung) der deutschen Generalstäbe, die nicht nur auf Grund ihres ressortspezifischen Aufgabenfeldes, sondern auch nach den ausdrücklichen Vorgaben des Kommissarbefehls zuständig für die Weitergabe und Befehlskontrolle der „Richtlinien für die Behandlung politischer Kommissare“ waren. Daher werden die Aktenbestände der Ic-Abteilungen sämtlicher Kommandobehörden auf allen hierarchischen Ebenen des Ostheeres vollständig gesichtet und ausgewertet. Der Untersuchungszeitraum umfasst dabei die Zeit der Entstehung, Übermittlung und Geltung des Kommissarbefehls vom Frühjahr 1941 bis zum Frühsommer 1942, als Hitler seinen Erlass außer Kraft setzen ließ.

Der methodische Ansatz gewährleistet die nahezu vollständige Erfassung der Vollzugsmeldungen und ermöglicht es damit erstmals, statistisch fundierte Erkenntnisse über das Ausmaß der Realisierung der Vernichtungspolitik während der ersten Phase des deutsch-sowjetischen Krieges zu gewinnen. Dadurch soll mehr Klarheit darüber geschaffen werden, in welchem Umfang der Kommissarbefehl im Gefechtsgebiet der Ostfront tatsächlich zur Ausführung gelangt ist. Neben der Quantifizierung der Auswirkungen des Kommissarbefehls ist das Erkenntnisinteresse des Forschungsprojektes auch auf die praktische Handhabung der Verfügung im Kriegsalltag gerichtet, die Grenzen der Handlungsspielräume und nicht zuletzt auf die Motive, die bei der Exekution der „verbrecherischen Befehle“ handlungsbestimmend waren.

Komplementär zum Fragenkomplex der Umsetzung des Befehls während des Russlandfeldzuges rückt außerdem ein bislang in der Forschung nur wenig beachteter Aspekt der Geschichte des Kommissarbefehls in das Blickfeld: nämlich seine Weitergabe und Kommunizierung in der Vorbereitungsphase des Feldzuges. Die Rekonstruktion der Befehlsketten bei der Weiterleitung der Verfügung innerhalb der Hierarchie des Ostheeres dient zunächst einmal der ideologiekritischen Überprüfung der immer wieder geäußerten Behauptung, dass viele Truppenführer ihren Verbänden den Kommissarbefehl gar nicht erst bekannt gegeben hätten, um seine Ausführung zu verhindern. Zudem gewährt die Quellendokumentation zu diesem Komplex vielfach tiefe Einblicke in den Vorgang der Rezeption und Adaption des Kommissarbefehls in den deutschen Kommandobehörden: Dort, wo in den Protokollen und Besprechungsnotizen Kommentierungen, Erörterungen und ähnliche Qualifizierungen überliefert sind, ermöglichen die Quellen mitunter direkte Rückschlüsse auf das Maß an Zustimmung, das der Erlass in dem jeweiligen Stab gefunden hat. Damit trägt die Beschäftigung mit dem Hergang der Weitergabe des Kommissarbefehls unmittelbar zur Auseinandersetzung mit der Leitfrage des Dissertationsprojektes bei: Das übergeordnete Interesse gilt der Fragestellung, wie viel Akzeptanz der Kommissarbefehl im Ostheer gefunden hat, oder ob der Erlass tatsächlich, wie oft behauptet wurde, in den Kommandobehörden und Truppenverbänden an der Ostfront auf Ablehnung gestoßen ist.

Die bisherige Forschungsarbeit hat ergeben, dass der Kommissarbefehl in den meisten Großverbänden des Ostheeres befolgt worden ist. Auf der anderen Seite hat die Quellenrecherche die ersten zeitgenössischen Nachweise dafür hervorgebracht, dass einzelne Truppenführer die Ausführung des Befehls in ihren Frontabschnitten tatsächlich untersagt haben. Der methodische Ansatz macht ein breites Verhaltensspektrum sichtbar, das von der eigenständigen Radikalisierung der Vernichtungspolitik über das befehlskonforme Verhalten bis hin zur Verweigerung des Befehls reichte, wobei das konforme Verhalten am weitesten verbreitet war. Das bislang bestehende düstere Bild wird somit insgesamt bestätigt, erhält aber jetzt deutlich mehr Graustufen und Konturen, wird präziser und differenzierter. Das Dissertationsprojekt wird betreut von Prof. Dr. Uwe Liszkowski, Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, und wird durch die Gerda-Henkel-Stiftung gefördert.

Felix Römer, M.A., Dreikönigstraße 25, 79102 Freiburg i. Br., E-Mail: felixroemer@compuserve.de

Entwicklung und Produktion deutscher Panzer im III. Reich (Magisterarbeit)
von Philippe Eyerchet

Schon nach Kriegsende, Anfang der zwanziger Jahre, begann die Militärführung der Reichswehr über die Gründe der Niederlage des Ersten Weltkriegs nachzudenken. Man kam zu dem Ergebnis, dass Deutschland, falls es in Zukunft einen Krieg führen müsste, diesen möglichst schnell und erfolgreich beenden sollte. Daher habe Deutschland einen "Blitzkrieg" zu führen, unter Einsatz von schnellen Panzern, die mit Unterstützung der Luftwaffe weit vorne operieren, ohne auf die Infanterie zu warten.

Diese Blitzkriegstrategie sollte die technische Entwicklung von Panzern vorantreiben. Der Panzerkampfwagen I wurde kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme bestellt und bei dem Reichsparteitag in Nürnberg 1935 vorgeführt. Die Entwicklung des Panzerkampfwagens II folgte kurze Zeit später, weil der erste sich als zu schwach erwiesen hatte. Noch vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurden die Panzerkampfwagen III und IV entwickelt.

Es stellt sich die Frage, wie Deutschland, ein Land, das von der Weltwirtschaftskrise schwer getroffen worden war, so viele Ressourcen für die Wiederbewaffnung mobilisieren konnte.

Eine autoritäre, innerbetriebliche Ordnung und die Mobilisierung der Facharbeiter durch Dienstverpflichtung ermöglichten es den Firmen, die staatlichen Produktionswünsche erfolgreich zu erfüllen. Sobald das Reich einen neuen Typ von Panzerkampfwagen anforder-

te, beteiligten sich alle Firmen an einem Wettbewerb. Nach der Vorführung der verschiedenen Prototypen wurde das beste Modell ausgewählt, das danach nicht nur von der entwickelnden Firma, sondern von allen Firmen zusammen in Serie produziert wurde. Dieses System, eine Mischung aus Konkurrenz und Kooperation, erlaubte es dem Reich, den besten Panzertyp in großer Zahl und in kürzester Zeit zu erhalten. Durch die Panzerproduktion konnten zudem viele Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie geschaffen werden, was das Regime als weiteren Erfolg für sich ausgeben konnte.

Das Wechselspiel zwischen privaten und öffentlichen Betrieben, zwischen Managern und Parteigenossen war jedoch nicht nur mit dem Vorteil einer effizienten Funktionsweise verbunden, sondern auch mit dem Nachteil der Korruption behaftet. Die wirtschaftliche Wiederbelebung durch die Wiederbewaffnung, die durch eine Verschuldung des Reichs ermöglicht wurde, führte kurz vor Kriegsausbruch, im Januar 1939, zur Entlassung des gesamten Reichsbankdirektoriums, dessen Präsident, Hjalmar Schacht, seine Ängste und Enttäuschungen Hitler in einem Memorandum dargelegt hatte.

Ein weiterer Aspekt dieser Problematik lag in der Rolle des Oberkommando des Heeres, das als Schnittstelle zwischen den Betrieben und den Panzerdivisionen fungierte. Eine weitere Voraussetzung für den Erfolg eines Blitzkriegs fand sich in der sehr guten Ausbildung der Panzerbesatzungen und Stabsoffiziere.

Mit dem Einsatz des russischen T 34 an der Ostfront kam im Herbst 1941 der Blitzkrieg zum Stillstand. Dies führte zu einem deutsch-russischen Wettlauf in der Entwicklung von Bewaffnung und Panzerung. Nach dem Desaster von Stalingrad mussten Lösungen gefunden werden, um die zahlenmäßige deutsche Unterlegenheit auszugleichen. Daher schlug Generalfeldmarschall Erich von Manstein das Konzept der "mobilen Verteidigung" vor.

Dem ausgebliebenen Sieg im Osten, im Jahre 1941, folgte nun ein Beharrungskrieg. Für die darauffolgenden Abwehrkämpfe benötigte die deutsche Armee schwerere Panzer als den Panzerkampfwagen IV. Die deutsche Antwort auf den T 34 hieß "Tiger" und "Panther". Im letzten Kriegsjahr kam dann noch der "Königstiger" zum Einsatz, der "Maus" konnte hingegen nicht mehr eingesetzt werden. Sein Einsatz hätte das Kriegsgeschehen ohnehin nicht mehr beeinflussen können, weil die zahlenmäßige Überlegenheit der alliierten und russischen Panzer erdrückend war.

Die Funktionsweise des militärisch-industriellen Komplexes unter Speer bezeichnete dieser in seinen Erinnerungen als "organisierte Improvisation". Die negativen Auswirkungen der alliierten Luftangriffe wurden durch diese neue Organisationsstruktur gemildert. Die Idee war, dass eine Fabrik gleichzeitig mehrere Panzertypen herstellte und somit jeder Panzertyp an mehreren Orten produziert wurde. Dieses System stellte hohe Anforderungen an die Menschen, die an der Spitze der Industrie tätig waren. Sie mussten mit zahlreichen Schwierigkeiten fertig werden, um die Produktionsquoten zu erreichen. Trotzdem konnten Monat für Monat mehr und mehr Panzer an die Fronten geschickt werden.

Die Mobilisierung der Wirtschaft gelang dem Rüstungsminister leicht, da Goebbels in seiner berühmten Rede über den totalen Krieg im Berliner Sportpalast im Februar 1943 die ideologisch-propagandistischen Grundlagen vorgegeben hatte.

Philippe Eyerchet, 3 rue du Gehren, F-68127 Blitzheim, E-Mail: philippe.eyerchet@wanadoo.fr

HISTORISCHE ORTE, INSTITUTIONEN UND FORSCHUNGSBEREICHE

Mehr Krieg als Frieden – Das Musée Guerre et Paix en Ardennes in Novion-Porcien
von Tobias Arand

Die Ardennen waren in den letzten Jahrhunderten häufig Schauplatz schwerer kriegerischer Auseinandersetzungen. Es sei nur an die Schlacht von Sedan, die Kämpfe an der Westfront des Ersten Weltkriegs oder Mansteins „Sichelschnitt" erinnert, um die Bedeutung des Themas Krieg in dieser Region Frankreichs zu verstehen. Aus diesem Grund, aber auch um die Region Champagne/Ardennen zwischen Reims und Charleville-Mézières weiter touristisch erschließen zu können, wurde im letzten Jahr in Trägerschaft des Conseil General des Ardennes und mit Unterstützung der EU das Musée Guerre et Paix en Ardennes in dem kleinen, unscheinbaren Ort Novion-Porcien eröffnet. Grundstock des Museums ist die private Sammlung eines Bürgers aus Novion-Porcien, die durch Ankauf zweier weiterer Sammlungen ergänzt wurde. 12.000 Besucher konnte das Museum im vergangenen Jahr begrüßen.

Thematisch beschäftigt sich das Museum mit dem Deutsch-Französischem Krieg von 1870/71, mit dem Ersten Weltkrieg und mit dem Zweiten Weltkrieg auf einer Ebene allgemeinhistorischer, aber auch lokalgeschichtlicher Informationen: „Tels les trois actes d'une tragédie, ces trois guerres rythment la visite du musée."[1] In ihrem Selbstverständnis zielt die Konzeption des Museums gleichermaßen auf Verstand wie auf Emotion: „(...) le Musée Guerre et Paix en Ardennes est d'abord un lieu qui favorise la comprehension et l'émotion."[2] Dieser Anspruch, dem Besucher Verstehen und Fühlen des Krieges zu ermöglichen, wird insbesondere durch das Museumsgebäude sowie die Anordnung und thematische Ausrichtung der beiden Etagen des Museums deutlich. Nachdem der Besucher den Museumsneubau, der in der Außenarchitektur sehr offensichtlich auf Festungswerke wie die Maginotlinie Bezug nimmt, betreten hat, kann er von einer Mitteletage aus zwischen zwei Ebenen wählen. In der unteren Etage befinden sich inszenierte, auf Emotion zielende Tableaus, in der oberen können sehr technikorientierte Schaukästen mit Waffen und Uniformen betrachtet werden.

Die drei Kriege, die das Museum anspricht, werden im Untergeschoss in insgesamt zehn aus eigenartig verfremdeten, kindlich-putzigen lebensgroßen Puppen, eindrucksvollem Kriegsgerät, blitzenden Lichteffekten und gemalten Kulissen gebildeten Inszenierungen thematisiert. Bereits in der Inszenierung einer Episode aus der Schlacht von Sedan, dem in Frankreich bis heute unkritisch glorifizierten und zu einem kaum reflektierten Geschichtsbild erstarrten Kampf einiger Marineinfanteristen gegen eine bayerische Übermacht, die im Vorort Bazeilles „bis zur letzten Patrone" kämpften, fällt eine bedenkliche Distanzlosigkeit in der Wahrnehmung der eigenen, der französischen Geschichte bei gleichzeitiger Tradierung überkommener antideutscher Feindbilder auf. Der Einsatz modernster museumsdidaktischer Technik – Bildschirme und mehrsprachige Audioführungen vor jedem Tableau – ist auch dann wenig sinnvoll, wenn der Inhalt zumindest deutschen Besuchern und Historikern doch etwas befremdlich anmuten muss, weitgehend auf Differenzierungen verzichtet und der aktuelle Forschungsstand in vielen Punkten ignoriert wird. So ist z. B. der in Metz 1870 eingekesselte französische Marschall Bazaine noch immer der unfähige Verräter, zu dem ihn schon Presse und Politik der 3. Republik als Sündenbock der Niederlage gemacht haben, reiten französische Kavalleristen auch heute noch „heroische" Angriffe oder heißt es im Text der Audioführung, die das Tableau „Deutscher Schützengraben im Ersten Weltkrieg" erklärt, doch tatsächlich: „Das Gemetzel heilte Deutschland jedoch nicht von dem pathologischen Nationalismus, aus dem er (der Erste Weltkrieg, d. Vf.) entstanden war."[3] In einem Museum, das mit seinem eigenen Nationalismus sowenig Probleme hat, möchte man sich derartige Verkürzungen doch eher verbitten. Dass in diesem

Kontext in der sehr suggestiv mit Musik unterlegten Audioführung auch bereits die deutschen Okkupationen 1870-73 und 1914-18 als Zeiten präfaschistischer Militärregime gezeichnet werden, die vor allem „Terror" verbreiteten und „Arbeitslager" einrichteten, mag da kaum überraschen. Freunde blinkendsauberer Panzer in lebensecht nachgestelltem Ambiente werden in der unteren Etage aber ihre Freude haben.[4]

In der oberen, hellen und weiträumigen Etage hingegen, die in starkem Kontrast zur dunklen und auf Effekte setzenden unteren Ebene steht, werden diejenigen Museumsbesucher angesprochen, die sich sehr genau über die Entwicklung von Uniformen, Helmen, Käppis oder Waffen vom 19. bis zum 21. Jahrhundert informieren wollen. Eine beeindruckende Fülle von Exponaten wird hier in einer derartigen Nüchternheit präsentiert, dass insbesondere die Waffenabteilung eher an eine Leistungsschau menschlicher Ingenieurskunst als an ein zeitgemäßes Kriegs- und Friedensmuseum erinnert. Hier manifestiert sich eine fortschrittsgläubige Technikfixiertheit, die ähnlich auch in vielen anderen französischen Museen zu beobachten ist.[5]

Beiden Abteilungen sind bei aller provokanten Unterschiedlichkeit, die als Konzept durchaus nicht ohne Reiz sein könnte, zwei bedenkliche Umstände gemeinsam: Der Themenkomplex Tod, Verletzung und Sterben wird bis auf wenige Ausnahmen genauso wenig angesprochen wie das Thema Frieden. Ein modernes, in öffentlicher Trägerschaft befindliches Museum mit diesem Namen, das zumal den Anspruch hat, sich von den zahlreichen kleinen, veralteten privaten wie städtischen Kriegsmuseen im französischen Nordosten abzuheben, müsste doch mit ernsthaftem Interesse bestrebt sein, Frieden und seine Bewahrung als Zukunftsaufgabe und als notwendige Konsequenz aus den gezeigten Kriegen seinen Besuchern deutlich ins Bewusstsein zu rücken? Stattdessen werden im Museumsshop lieber Bastelpanzer verkauft.

Der methodische und inhaltliche Umgang mit den Thema Krieg in der öffentlichen Geschichtskultur ist auch aufgrund der sehr unterschiedlichen Kriegserfahrungen in Frankreich und Deutschland sehr unterschiedlich. Das Museum in Novion-Porcien zeigt dies in sehr anschaulicher und für das Studium geschichtskultureller Differenzen wertvoller Weise. Sonst zeigt es leider nur die Faszination des (gewonnenen) Krieges.

Musée Guerre et Paix en Ardennes, Route de Sery, F-08270 Novion-Porcien, Tel. 0033324726950, Eintritt: 3-5 € ; Öffnungszeiten: Juni-September 10.00-19.00 Uhr, Oktober-Mai 10.00-12.00 und 14.00-18.00 Uhr, Montags geschlossen, ebenso 15.-31. Januar, am 1. Januar, 1. Mai und 25. Dezember. Kartenvorbestellung für Gruppen: Loisirs accueil Ardennes, 8 Place Ducale, F-08000 Charleville-Mézières, Tel. 0033324560063, laa@ardennes.com. Kostenlose Audioguides in französischer, englischer, niederländischer und deutscher Sprache erhältlich.

[1] Musée Guerre et Paix en Ardennes. Carnet de Visite. o. O. 2004. S. 3.

[2] Ebd.

[3] Audioführung, Tableau 4, „Une tranchée allemande. "

[4] Dass Inszenierungen mit dem Ziel der Emotionalisierung auch in Kriegsmuseen zu zumindest diskutablen Ergebnissen führen können, zeigt das ‚In-Flanders-Fields-Museums' im belgischen Ypern; vgl. Arand, Tobias: Zwischen Emotion und Distanz – Zwei Wege der musealen Annäherung an den Ersten Weltkrieg, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik Heft 1/2, 31 (2003). S. 75ff.

[5] Das hervorragende ‚Historial de la Grande Guerre' im französischen Péronne ist da eine rühmliche Ausnahme. Hier wird die Nüchternheit der Präsentation kriegstechnischen Geräts ganz in den Dienst der Aufklärung über die Schrecklichkeit der Wirkung gestellt; vgl. Arand (wie Anm. 4), S. 77ff.

Dr. Tobias Arand, E-Mail: arand@uni-muenster.de

The Friends of Lochnagar
von Markus Pöhlmann

Ein Loch ist - allem Drumherum zum Trotz - zunächst einmal Nichts. Und wie viel das Nichts mit dem Krieg zu tun hat, ist recht schnell belegt. Denn spätestens seit Aristoteles existiert das Nichts als logische Kategorie, nämlich als Negation des real Seienden, des Lebens. Auch Augustinus' Erkenntnis, dass das Nichts den Menschen ständig mit der Nichtigkeit seiner eigenen Existenz konfrontiere, lädt zum Räsonnement über die Beziehung zwischen dem Nichts und dem Krieg ein. Ganz zu schweigen von der Warnung der christlichen Mystiker, die im Nichts die Wurzel des Bösen zu erkennen glaubten. Das Nichts bzw. Loch in Gestalt eines Kraters memoriert - man ahnt es - eine britische Vereinigung namens The Friends of Lochnagar. Deren Wirken ist viel mehr als nichts, wahrscheinlich ist es die unkonventionellste Privatinitiative, die sich der Erinnerung an den Ersten Weltkrieg widmet.

Alles begann am 1. Juli 1916, um 7 Uhr 28, nahe der Ortschaft La Boisselle an der Straße von Albert nach Bapaume, wo eine riesige Minenexplosion vor der Front der britischen 34. Infanteriedivision die britisch-französische Somme-Offensive einleitete. Über Monate hatten sich Pioniere unterirdisch an die gegenüber liegende deutsche Feldbefestigung „Schwaben-Höhe" herangearbeitet. Mit 27 Tonnen Sprengstoff sollte dieses Haupthindernis im Angriffsstreifen der Division zerstört werden. Schon die erste Welle Infanterie musste aber bald feststellen, dass die deutschen Verteidiger (28. Reservedivision) trotz des tagelangen Trommelfeuers und der Minenexplosion nicht ausgeschaltet worden waren. Die 34. Division erlitt 6.380 Mann Verluste (2.367 Tote) und wurde noch in derselben Nacht aus der Front genommen. Was blieb, war der Lochnagar-Krater: benannt nach dem gleichnamigen Geländepunkt, rund 23 Meter tief und mit einem Durchmesser von 30 Metern.

1978 erwarb der Brite Richard Dunning den Krater, mit dem Ziel, diesen vor dem schleichenden Zerfall zu bewahren und aus ihm einen Erinnerungsort besonderer Art zu schaffen. Geld und Unterstützer sollte die 1989 gegründete Vereinigung The Friends of Lochnagar sichern. Was auf den Blick nur skurril klingt, wird seither mit durchaus ernstem Interesse betrieben. Die Freunde veranstalten jährlich am 1. Juli am Krater eine Gedenkveranstaltung, die mit Mühe in das bekanntermaßen dichte Programm an diesem Tag eingepasst werden muss. Das zweimal jährlich erscheinende Bulletin informiert über britische Weltkriegsgeschichte und über das Loch im Boden. Autoaufkleber, Anstecker und Krawatte mit dem Logo des Vereins dürfen im Angebot nicht fehlen. Das wichtigste aber ist der faszinierende Einblick in eine Erinnerungskultur, die dem deutschen Publikum so völlig fremd ist. Der Mitgliedsbeitrag von £ 10 ist also gut investiert und dient einer ebenso guten wie ungewöhnlichen Sache.

Die Mitgliedschaft kann gegen Einsendung des Mitgliedsbeitrags beantragt werden bei Mrs. Renée Disbrey, 25 Daymer Gds, Pinner, Mddlx. HA5 2HW, Großbritannien. Über den Krater, seine Geschichte und den Verein informiert auch die Website unter www.friendsoflochnagar.co.uk

Dr. Markus Pöhlmann, Seinsheimstr. 22, 81245 München,
E-Mail: m.poehlmann@akmilitaergeschichte.de

Anti-Kriegs-Museum Berlin
von Tommy Spree

Der Pazifist Ernst Friedrich (1894-1967) stammte aus kleinbürgerlichen Verhältnissen und wuchs in Breslau auf. Als junger Mensch engagierte er sich für den Aufbau der Arbeiter-Jugendbewegung. Sein Traum, Schauspieler zu werden, erfüllte sich in Potsdam - kurz vor Ausbruch des Ersten Weltkrieges - am Königlich Preußischen Hoftheater des Kaisers, wo er u. a. den Romeo spielte.

Als der Krieg 1914 ausbrach, verweigerte er den Kriegsdienst und kam ins Gefängnis, aus dem ihn die Revolutionäre des Spartakus-

Aufstandes 1918 befreiten. Friedrich beteiligte sich an der Seite von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an der Revolution. Nach deren Niederschlagung arbeitete er in Berlin mit Jugendlichen an der Gründung seiner von Leo Tolstoi geprägten gewaltlosen „Freien Jugend“, die für einen herrschaftslosen Sozialismus und Naturverbundenheit eintrat. Diese „Freie Jugend“-Gruppen etablierten sich um 1920 in vielen Teilen Deutschlands und später auch in Österreich und der Schweiz.

In einem Jugendheim gründete Ernst Friedrich die „Arbeiter-Kunstausstellung“, in der Werke von Käthe Kollwitz, George Grosz, Otto Dix und Marc Chagall teilweise erstmalig gezeigt wurden. Unter dem Titel „Nie wieder Krieg!“ erhielten seine Ausstellungen große Publizität. 1921 veröffentlichte Friedrich ein Kinderbuch „Proletarischer Kindergarten“, das ein anerkanntes Werk für Friedenserziehung wurde.

Sein 1924 erschienenes Hauptwerk „Krieg dem Kriege“ wurde zu einer weltbekannten Fotodokumentation über den Weltkrieg und zu einem Bestseller dieser Zeit. Die darin enthaltenen Kriegsfotos bildeten den Grundstock des von Ernst Friedrich gegründeten weltweit Ersten Internationalen Anti-Kriegs-Museums. Er hatte 1925 quasi im Alleingang das erste politische Museum der Neuzeit im alten Berlin gegründet, in dem der Krieg sinnlich erfassbar wurde. Die Jugend sollte aus den Fehlern der Alten lernen.

In Deutschland wurde das Anti-Kriegs-Museum vor allem von den Nationalsozialisten abgelehnt. Friedrichs Ausstellungen wurden verboten und er selbst unzählige Male durch Gefängnisstrafen und KZ-Haft drangsaliert. Nach Hitlers Machtergreifung 1933 wurde das Museum von der SA zerschlagen und in eine berüchtigte Folterkammer umgewandelt.

Friedrichs zweites Museum entstand in der Emigration in Brüssel und wurde 1940 nach dem Einmarsch der deutschen Wehrmacht zerstört. Nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelte Ernst Friedrich auf seiner „Île de la Paix“ nördlich von Paris eine Jugendbegegnungsstätte für die deutsch-französische Aussöhnung. Ernst Friedrich verstarb am 2. Mai 1967.

An seinem 15. Todestag im Jahre 1982 konnten sein Enkel Tommy Spree mit engagierten Lehrerkollegen in Berlin erneut ein Anti-Kriegs-Museum als Begegnungs- und Ausstellungsstätte der Friedensbewegung etablieren. Auch dieses Museum ist ein Angebot für die Jugend, aus der Geschichte die notwendigen Konsequenzen für pazifistischen Einsatz zu ziehen.

Anti-Kriegs-Museum e. V., Brüsseler Str. 21, 13353 Berlin (Mitte), Tel. 030-4028691, täglich geöffnet 16-20.00 Uhr, www.anti-kriegs-museum.de

Tommy Spree (Adresse wie Museum), anti-kriegs-museum@gmx.de

Ausgewählte Beiträge zum Thema **»Gesellschaftsgeschichte des Kriegs«**
aus den letzten Jahrgängen der Zeitschrift des Hamburger Instituts für Sozialforschung

Mittelweg 36

5/2004
Yfaat Weiss, Ulrich Bielefeld
Deadly neighbors – Tödliche Nachbarn. Editorial

Ulrich Bielefeld
Gewalt, Nachbarschaft und Staat. Eine Soziologie lokaler Gewalt

Yfaat Weiss
Wenn der Nachbar von einst an deine Tür klopft

Stefanie Schüler-Springorum
»Sei still oder hau ab!« Nachbarschaften im Baskenland

Elazar Barkan
Rückführung von Flüchtlingen – Brückenschlag über ethnische Klüfte? Ein Vergleich

Michael Wildt
»Wir wollen in unserer Stadt keine Juden sehen.« Antisemitismus und Volksgemeinschaft in der deutschen Provinz

Jan Philipp Reemtsma
Zwei Ausstellungen

3/2004
Jan Philipp Reemtsma
Nachbarschaft als Gewaltressource

2/2004
Regina Mühlhäuser
Sexuelle Gewalt als Kriegsverbrechen: eine Herausforderung für die Internationale Strafgerichtsbarkeit. Auswahlbibliographie

1/2004
Ulrike Jureit
»Zeigen heißt verschweigen.« Die Ausstellungen über die Verbrechen der Wehrmacht

Gerd Hankel
»Ich habe doch nichts gemacht.« Ruandas Abschied von der Kultur der Straflosigkeit

5/2003
Götz Aly
Die Deportation der Juden von Rhodos nach Auschwitz. Die deutsche Kriegsplanung im Sommer 1944

4/2003
Klaus Naumann
Bombenkrieg – Totaler Krieg – Massaker. Jörg Friedrichs Buch »Der Brand« in der Diskussion

3/2003
Nikola Tietze
Selbstmordattentate: Ein Literaturbericht

2/2003
Bernd Greiner
Zwischen »Totalem Krieg« und »Kleinen Kriegen«. Überlegungen zum historischen Ort des Kalten Krieges

Mark Mazower
Gewalt und Staat im Zwanzigsten Jahrhundert

Vietnam 1968, Fotograf unbekannt.

1/2003
Alf Lüdtke
»Fehlgreifen in der Wahl der Mittel«. Optionen im Alltag militärischen Handelns

6/2002
Jan Philipp Reemtsma
Über den Begriff »Handlungsspielräume«

Ulrich Herbert
Vergeltung, Zeitdruck, Sachzwang. Die deutsche Wehrmacht in Frankreich und in der Ukraine

5/2002
Anton Holzer
Das elektrische Auge. Das Licht, die Fotografie und der Krieg

3/2002
Klaus Naumann
»Soldaten sind Mörder«. Erkundungen auf dem Feld der Ehre

Bernd Greiner
Die »dritte Linie«. Der Schriftsteller Don DeLillo als Historiker

2/2002
Rolf Pohl
Massenvergewaltigung. Zum Verhältnis von Krieg und männlicher Sexualität

1/2002
Bernd Greiner
Der Wandel von einer Zivil- in eine Kriegsgesellschaft. Pearl Harbors langer Schatten

»Mittelweg 36« erscheint seit 1992 zweimonatlich zum Preis von € 9,50 plus Versandkosten. Jahresabonnement € 48,– plus Versandkosten. Sie erhalten die Zeitschrift im Buchhandel oder direkt über die Redaktion: »Mittelweg 36«, Mittelweg 36, 20148 Hamburg, Tel.: 040/414097-0, Fax.: 040/414097-11, e-mail: zeitschrift@mittelweg36.de, homepage: www.mittelweg36.de

UNENDLICHE WELTEN

500 Doughboys gewannen den Krieg. Eine Kritik zu „Lost Battailon“
von Ralf Raths

Der Erste Weltkrieg ist momentan überall präsent, und auch die Filmindustrie versucht daraus Kapital zu schlagen. Am 24. Juli 2004 wurde eine gleichnamige Neuverfilmung des 1919 erschienen Filmes „Lost Battailon“ veröffentlicht. Sie gelangt in Deutschland in die Videotheken, ohne zuvor im Kino gezeigt worden zu sein, denn es handelt sich dabei um eine amerikanische TV-Produktion. Seit September 2004 ist das Werk auch im Handel erhältlich.

Thema des Filmes bildet ein Gefecht, das tatsächlich in der ersten Oktoberwoche 1918 in den Argonnen gefochten wurde. Im Rahmen einer drei Divisionen umfassenden Offensive führte Major Whittlesey das 308. Bataillon der 77. US-amerikanischen Infanteriedivision ins Gefecht, verlor jedoch durch seinen überaus raschen Einbruch in die deutschen Linien schnell die Fühlung zu den Flanken und somit jegliche Anlehnung. Auf den Befehl der Division, die ihm bewusst falsch suggerierte, die Flanken seien nicht zurückgeblieben, sondern im Gegenteil weit voraus, grub sich das Bataillon vor den deutschen Stellungen ein, um den Geländegewinn zu sichern und auf Entsatz zu warten. Fünf Tage wehrte das Battailon dauernde Angriffe und Umfassungsversuche ab, ohne Nachschub oder Entsatz, aber unter schwersten Verlusten. Von über 500 Soldaten des Bataillons kehrten nach der Ablösung weniger als 200 aus eigener Kraft zurück. Höchste Ehrungen und Beförderungen sollten als Trostpflaster dienen. Die agierenden Teilnehmer der Schlacht spielten sich in der Verfilmung 1919 zum überwältigenden Teil selbst.

Filmisch steht das Werk in der Traditionslinie von „Saving Private Ryan“ und den HBO-Produktionen „Band of Brothers“ und „Sound of War“. Eine bewusst verblichene Farbgebung, die unterbewusst Historizität vermitteln soll, kombiniert mit einer oftmals direkt ins Geschehen springenden, wackelnden Handkamera, erzeugt diese Handschrift. Allerdings erreicht der Regisseur Russell Mulcahy niemals die Virtuosität seiner Vorbilder und schon gar nicht die oftmals so bewunderte Intensität, die diese Technik hervorrufen kann, so dass stets der Beigeschmack des stilistischen Plagiats bleibt. Dieser Eindruck wird untermauert durch die Tatsache, dass die Schauspieler, gleichwohl nicht völlig unbekannt, absolut mediokre Leistungen an den Tag legen – ein Umstand, der auch bei einer Fernsehproduktion vermeidbar ist, wie „Band of Brothers“ eindrucksvoll bewiesen hat. In der deutschen Variante wird diese Tatsache noch weiter verschärft, durch eine desaströse Synchronisation, die dem Film den cineastischen Todesstoß versetzt – aber diesen Aspekt kann man in Zeiten der DVD getrost schwächer bewerten.

Die Ausstattung des Filmes ist nicht überwältigend, aber auch alles andere als billig. Der Löwenanteil des Filmes spielt ja ohnehin in einem Wald und zeigt „nur“ ein Infanteriegefecht, das ausstattungstechnisch recht genügsam ist. Aber auch in den Szenen, in denen andere Locations gezeigt werden, ist die materielle Ausstattung für eine Fernsehproduktion allemal mehr als gut.

In der Darstellung bleiben die Themen „Verwundung, Körperlichkeit, Verstümmelung, Tod“ seltsam unverbindlich. Zwar werden durchaus Leichen und Verstümmelungen gezeigt, doch stets nur so kurz, dass kein Eindruck entstehen kann – der Verdacht einer Alibifunktion drängt sich hier auf. Nur in der Darstellung der Nahkämpfe wird eine dichte Atmosphäre geschaffen, und in wenigen Momenten wirken die Szenen wirklich bedrückend. Doch im Vergleich zu den Grabenkämpfen des immerhin über 70 Jahre älteren „Im Westen nichts Neues“ bleiben selbst diese Momente flach und schal. Ein Kunstgriff des Regisseurs ist es offenbar, immer wieder Szenen in den Film einzubauen, die bekannten Fotos oder Kunstwerken nachempfunden sind, und dem Betrachter so historische Verbind-

lichkeit des Ganzen suggerieren. Ebenso bedient er sich ungeniert im Fundus anderer berühmter Kriegsfilme – die Szene, in der der erste Angriff des Filmes vorbereitet ist, ist quasi eins zu eins aus Stanley Kubricks „Wege zum Ruhm“ übernommen. Die Grenzen von Hommage und Plagiat verschwimmen hier mit unangenehmem Beigeschmack.

Überhaupt ist „Lost Battailon“ geprägt und überladen mit Konstellationen, die dutzendfach aus den Klassikern der Kriegsfilme bekannt sind, und diese werden hier wie ein Rosenkranz abgearbeitet. Gleich zu Beginn wird das klassische Spannungsfeld zwischen menschlichem Truppenoffizier und gefühlskaltem Stabsoffizier etabliert. Diese macht dem unvermeidlichen Replacement-Humor Platz, als junge Soldaten ins Bataillon eingeführt werden. Nachdem die eigentliche Belagerungssituation hergestellt ist, die ja für sich schon das allerklassischste Motiv, nämlich die Gruppe in Gefahr darstellt, sind die Abfolgen noch schneller: Der „geführte“ Soldat, der sich durch die verständnisvolle Hand des Offiziers geleitet im Gefecht selbst überwindet, findet sich da ebenso wie der sterbende Soldat, der den Offizier wiederum an seine Menschlichkeit erinnert. Bedeutungsschwangere Blicke auf gesammelte „Hunde“marken fehlen ebenso wenig wie die klassische Rettung in letzter Sekunde, das Bekämpfen eines Scharfschützen durch Selbstaufopferung oder das Duo von notorischen Spaßvögeln, welche die gesamte Gruppe motivieren.

Der Film leidet auch an den üblichen Mängeln unoriginellen Kriegsfilme: Bedeutsam gedachte Dialoge verkommen beinahe zwangsläufig zur Küchenphilosophie, und der Versuch, dies durch Action zu kompensieren, endet in dem so oft beklagtem Supersoldatensyndrom. Die Charaktere des Films bleiben absolut farblos und machen keinerlei Entwicklungen durch. Die psychologischen Tiefen, die eine dermaßen extreme Situation schafft, und die auszuleuchten ein enormes Potential für den Film darstellt, werden komplett ignoriert. Am Ende bleibt ein Kriegsactionfilm übrig.

Zu den gewiefteren Konstellationen des Filmes zählt eine spannende Viererkonstellation der Verantwortung. Während sich auf der Ebene der Generale ein beinahe klinisches Duell der Geister abspielt, kämpfen die beiden Majore als Stellvertreter konkret gegeneinander, wobei die verschieden gearteten vertikalen Loyalitäten und horizontalen Faszinationen dem Ganzen einen interessanten Aspekt geben. Allerdings fehlt ein Äquivalent auf der Ebene der Mannschaften völlig, da die einfachen deutschen Soldaten den gesamten Film über nicht zu agierenden Personen werden – sie bleiben Statisten des Gefechtsfeldes. Die beiden hohen deutschen Offiziere, gleichwohl sie uneingeschränkt als ehrenhafte, vernünftige Soldaten handeln, erscheinen wie die Wehrmachtsgenerale der amerikanischen Filme der 50er und 60er Jahre – wenn der deutsche Major mitten im Film wegen einer Beteiligung am 20. Juli verhaftet worden wäre, es wäre keine Überraschung.

Die historische Verortung der Handlung ist verbindlich – sie definiert sich über die dem Ersten Weltkrieg so unauslöschlich angedichtete Konstellation „Schlächter und Stümper im Generalstab“ gegen „Aufrechte, menschliche Soldaten an der Front“. Diese Konstellation bildet in „Wege zum Ruhm“ die Bühne und Legitimation für das gesamte Schauspiel. Keine Rolle hingegen spielt Politik oder ethische Legitimation des amerikanischen Kriegseinsatzes, und das ist die große Stärke des Films: Zwar entspinnen sich Diskussionen über den Sinn des amerikanischen Einsatzes, aber es werden verschiedene Standpunkte und Motivationen deutlich, die eine Verklärung oder auch nur monokausale Legitimation vermeiden. Besonderen Rang nimmt daneben die integrierende Wirkung des Krieges ein. Das Battailon besteht aus den verschiedensten Einwanderergruppen, die in New York präsent sind, aber die Belagerungssituation schweißt sie nicht nur zu einer „Band of Brothers“ zusammen, sondern der Film legt deutlichen Wert darauf, dass auch eine nationale Identitätsstiftung stattfindet, ohne dabei jedoch in unkritisches Pathos zu verfallen. In diesem Punkt entfaltet die kleine Fernsehproduktion tatsächlich Kraft.

Wenn man sich der Berufskrankheit des Militärhistorikers hingibt und den Film aus diesem Blickwinkel untersucht, rückt das Ende der Mängelliste in deutliche Ferne. Quasi die gesamte im Film gezeigte Kriegführung fängt nichts von dem spezifischen Charakter des Ersten Weltkrieges ein. Zwar wird zu Beginn

des Filmes ein Angriff aus dem amerikanischen Stellungssystem gezeigt. Dieser jedoch findet völlig ohne Artillerievorbereitung statt, von deutschem Sperrfeuer ganz zu schweigen. Die Amerikaner überwinden das Niemandsland, brechen in die deutschen Gräben an einer Waldkante (sic!) ein und werfen die Besatzung heraus. In der nächsten Szene ist das Bataillon bereits tief in den Wald eingedrungen, ohne auf irgendwelche sekundären Verteidigungsstellungen getroffen zu sein, und rückt weiter vor. Hier wird ein Bild von einem Bewegungskrieg gezeichnet, der mit der spezifischen Kampfweise des statischen Grabenkampfes nichts zu tun hat. Im Verbund mit den oben beschriebenen filmischen Techniken kann der Zuschauer kaum erkennen, ob man sich 1918 in den Argonnen oder 1944 im Hürtgenwald befindet. Zwar ist hieran konkret nichts wirklich falsch, denn 1918 hatte der Krieg in begrenztem Maße wieder Bewegung gekannt, aber der vermittelte Eindruck der Kampfweise des Ersten Weltkriegs ist eben ein alles andere als repräsentativer. Das hätte man mittels einfacher filmischer Stilmittel besser lösen können.

In den Gefechten selbst wird eine chronische Krankheit amerikanischer Kriegsfilme erneut überdeutlich – man fragt sich zuweilen, wie die deutschen Soldaten überhaupt aus ihren Kasernen gekommen sind. Orientierungslos, deckungslos, in dichten Linien, taumeln die deutschen Infanteristen ein ums andere Mal auf die amerikanischen Linien zu, um entweder völlig unkoordiniert zu kämpfen oder ins Extrem des Salvenfeuers (1918!) zu verfallen. Von den über 300 gefallenen und schwer verletzten Amerikanern wird ca. ein Dutzend gezeigt, die Deutschen fallen en gros. Sogar die extra herbei gerufenen Stoßtruppen, die mit ihren Flammenwerfern aus dem Schatten der Bäume auftauchen wie leibhaftige Höllenengel, lassen sich so leicht niederkämpfen, dass man nur noch den Kopf schütteln kann.

Abgesehen von derlei taktischem Unsinn finden sich im Film selber zuhauf schwerwiegende Fehler jenseits der nur dem Militariasammler auffallenden metaphorischen falschen Schnürsenkel. So haben z.B. die eingesetzten Schnellfeuergeschütze durchaus Rohrrücklaufvorrichtungen, nur bewegt sich beim Schuss das Rohr keinen Millimeter – dafür entsteigen dem Lauf dicke, weiße Schwarzpulverwolken und die Granaten explodieren in korngelben Benzinexplosionen. Derlei Schnitzer sind nicht mehr nur das Refugium des kleingeistigen Fehlersuchers, dass sind veritable Goofs.

Die Sinnstiftung der Schlacht ist denn abschließend ähnlich gewagt. In einem Durchlauftext wird konstatiert, dass die Attacke des 308. Bataillons dazu „führte […], daß die deutschen Verteidigungslinien zusammenbrachen. Fünf Wochen später war der Krieg vorüber."

Endlich haben wir monokausale Klarheit über das Kriegsende erlangt.

Literatur:

Ashworth, Tony: Trench Warfare 1914-1918, The Live and Let Live System, London 1980.

Gudmundsson, Bruce I.: Stormtroop tactics Innovation in the German Army 1914-1918, London 1989.

Bernhard Chiari, Matthias Rogg, Wolfgang Schmidt: Krieg und Militär im Film des 20. Jahrhunderts, München 2003.

Ralf Raths, Alemannstraße 21, 30165 Hannover, E-Mail: ralf.raths@web.de

TAGUNGSBERICHTE

AHF und AKM gemeinsam bei der Jahrestagung der German Studies Association in Washington, D.C. (6.-9. Oktober 2004)
von Christian Jansen

Die Sektion "Kriege beenden. Semantiken der Befriedung deutscher Nachkriegsgesellschaften im Vergleich", die AHF und AKM - als erstes Zeichen ihrer Kooperation - für den Historikertag in Kiel vorgeschlagen hatten und die dort unverständlicherweise nicht angenommen worden war, wurde in modifizierter Form für die Jahrestagung der German Studies Association in Washington, D.C. gemeldet und dort freudig akzeptiert.

Unter dem Vorsitz unseres Chicagoer Mitgliedes Michael Geyer referierten deshalb am Freitag, den 8. Oktober, Karen Hagemann (University of Glamorgan) über "Die Zivilisierung des Kriegers: Semantische Strategien der gesellschaftlichen Befriedung nach den Antinapoleonischen Kriegen". Kathleen Canning (University of Michigan, Ann Arbor) schloss sich an mit "After the First World War: Catastrophe and the Claims of Citizenship". Den dritten Vortrag hielt Thomas Kühne (Clark University) über "Frieden durch Vergessen? Die Stilisierung der Deutschen zu 'Opfern kriegerischer Gewalt' nach 1945". Die Referate fragten in erster Linie, wie sich Semantiken der 'Befriedung' mit verschiedenen sozialen Ordnungsmodellen und Kommunikationsmustern verbanden. Sie arbeiteten jeweils sowohl die längeren diskursiven Traditionen als auch die je zeitspezifischen Konstellationen heraus. Benjamin Ziemann (Ruhr-Universität Bochum) leitete abschließend die Diskussion durch einen Kommentar zu Kontinuitätslinien und dem Wandel von 'Befriedungssemantiken' die Diskussion ein.

Insgesamt ergaben sich wichtige Kontinuitäten der Friedenssemantik über die Epochenschwelle bzw. "Sattelzeit" (Koselleck) von 1800 hinweg. Auch nach 1800 wurde die Friedensordnung in sozialer Hinsicht vornehmlich in den Metaphern einer hierarchischen Differenzierung gedacht, in welcher der Familienvater als Oberhaupt einer Ordnung fungiert, die jedem bzw. jeder einen Platz zuweist. Eine andere Kontinuitätslinie betrifft die Tatsache, dass die sprachlichen Metaphern der Friedensordnung vornehmlich auf die Familie bzw. die Kameradschaft abheben und damit auf Formen der Interaktion unter persönlich Anwesenden.

Ein deutlicher Bruch mit frühmodernen Mustern fand schließlich, wie das Referat von Thomas Kühne demonstrierte, in der Temporalstruktur der Friedenssemantiken statt. Während in der Frühen Neuzeit Befriedung durch Vergessen gesucht wurde, zeigt sich gerade bei den Kriegsveteranen der Wehrmacht, dass in der Moderne nur über eine gemeinsame Erinnerung vergangenen Konflikte bearbeitet und damit befriedet werden können.

Die gemeinsame Sektion von AHF und AKM war eine der am besten besuchten der gesamten GSA-Konferenz und ergab viele anregende Diskussionen, auch im Nachhinein.

Prof. Dr. Christian Jansen, E-Mail: Christian.Jansen-2@uni-bochum.de

„Militärische Helden – Helden im Krieg". Jahrestagung des Arbeitskreises Militärgeschichte e.V. vom 9.-11. Dezember 2004 im Filmmuseum Düsseldorf
von Richard Kühl und Michael J. Toennissen

In den Räumen des Düsseldorfer Filmmuseums fand vom 9. bis 11. Dezember 2004 unter der Überschrift „Militärische Helden - Helden im Krieg" die Jahrestagung des Arbeitskreises Militärgeschichte statt. Der AKM griff damit ein Thema auf, das von der deutschsprachigen Historiographie in jüngster Zeit im Zuge eines Anschlusses an den internationalen Trend der Erfassung einer „Kultur" des Krieges auf neues Interesse gestoßen ist, aber noch nicht auf der Folie einschlägiger Interpretationsraster von Heldentypen, ihrer kulturellen

oder diskursiven Generierungsmerkmale und Funktionsweisen erschlossen ist. Und bereits der Abendvortrag von Sabine Lenk, als Leiterin des Filmmuseums zugleich Gastgeberin, zeigte die Schwierigkeiten auf, einen Grundkonsens bei der Wesensbestimmung des „Helden" herzustellen. Ihr Vortrag „Helden im Film" führte vom Halbgott Siegfried aus Fritz Langs „Nibelungen" über den Helden als Spielball der Götter in „Jason und die Argonauten" bis zu den ironisch gebrochenen „Men in Black" und dem Einer-von-uns-Helden Spiderman.

Die von Gerd Krumeich, Susanne Brandt (beide Düsseldorf) und Silke Satjukow (Jena) konzipierte Tagung versuchte einen auf mehreren Ebenen breit angelegten Zugang zu offerieren. So wurde der in den Blick genommene Zeitraum von der Antike bis zur Gegenwart – von Achilles bis Arafat – aufgespannt. Geographisch und kulturell führten die Vorträge rund um den Globus – von Japan über Russland zu Europa bis nach Nicaragua. Zu den behandelten medialen Formen der Kommunikation von Heldenkonstruktionen gehörten Malerei, Film, Literatur, Liedgut und Propaganda. Chronologisch geordnet widmeten sich die einzelnen Sektionen dem „Wandel des Helden vom Mittelalter bis zur Frühen Neuzeit", „Heldengestalten", „Helden in der Gruppe" und der „Rolle der Medien".

Silke Satjukow eröffnete die Tagung mit dem Versuch einer griffigen Typisierung des militärischen Helden und seiner Funktion am Beispiel des jüngst verstorbenen Jassir Arafats. Die Transformation zum Helden baue, so Satjukow, auf einem hierfür notwendigen Kommunikationsmuster auf, deren Fundament die „Tat" darstelle. Der militärische Held habe die Funktion zu mobilisieren. Er müsse als „gut" adaptiert werden, dabei vertrauengenerierend, angstabbauend und herausfordernd im Sinne einer Partizipation an einem „überindividuellen" Leben in einem „heiligen Ganzen" wirken. Herangezogen werde der militärische Held zur Legitimierung und präzisen Kommunikation von politischen Botschaften und Handlungen. Als Fragen an eine Kulturgeschichte des militärischen Helden bot Satjukow (1.) die Botschaftsanalyse, (2.) die Leistungsanalyse und (3.) den Heldenvergleich an.

Eine zweite, von den Sektionen noch losgelöste Einführung bot Hans-Joachim Gehrke (Freiburg) mit einem Vortrag über Helden in der Antike. Er hob – anspielend auf Satjukows Diktum vom „guten" Helden – die Ambivalenz griechischer Heldengestalten hervor. Der antike Held habe zusätzlich zum vorbildhaften Charakter auch eine einschüchternde Funktion innerhalb der eigenen Gesellschaft gehabt. Der Held, der seine Feinde besiegt, sei in der Lage gewesen und auch so begriffen worden, notfalls disziplinierend gegenüber seinem Volk zu agieren.

Die Sektion über Helden vom Mittelalter bis zur Frühen Neuzeit eröffnete Malte Prietzel (Berlin). Er untersuchte mittelalterliche Heldenbilder am Beispiel von Zweikämpfen, die häufig am Rand einer Schlacht zur Zeit des Hundertjährigen Krieges stattfanden. Zwar hätten Zweikämpfe nicht immer dem direkten Interesse des kämpfenden Heeres entsprochen, doch habe sich über sie zugleich eine Form der Förderung des Führungsnachwuchses ausbilden können. Der Zweikampf als „Kriegspraktikum" habe zudem eine Ventilfunktion für junge Männer in ihrem Geltungsstreben gehabt. Prietzel begriff im Prozess des sich wandelnden Ritterideals den Zweikämpfer, der sich zur Steigerung seines Ruhmes/seiner Stellung unter den Standesgenossen als Held präsentieren konnte, als Vorstufe zum späteren Offizierstypus.

Daniel Arlaud (Paris) analysierte den Wandel der frühzeitlichen Vorstellungen und Deutungsmuster des Heldenkörpers zwischen 1916 und 1763. Hierbei stütze sich Arlaud auf bildliche Heldendarstellungen und die von Carl Friedrich von Pauli 1759 erstellte Sammlung von Biographien zeitgenössischer Helden. Der Held, so Arlaud, fungiere dort als „Mittler zwischen zwei Welten" – der geschichtlich bedingten Wirklichkeit und der ideal-zeitlosen Universalität. Zur semiotischen Struktur der von ihm untersuchten Helden entwickelte Arlaud die These von einer sich in Stufen abzeichnenden, gleichwohl radikalen Veränderung. Der übernatürliche, „schussfeste" (adelige) Held des Dreißigjährigen Krieges, wie ihn Gustav Adolf verkörpert, sei in einem langwierigen Prozess bis zum Siebenjährigen Krieg schließlich vom (vorbürgerlichen) Opferhelden abgelöst worden, dessen Tat den Körper „als

Verhüllung einer unsichtbaren Innerlichkeit" hervorgehoben habe. Körperverwundung sei nun als Zugang zu einem heroischen Ideal gedeutet worden. Der Umbruch vom aktiven zum passiven Heldenkörperideal, mit dem zugleich eine erhöhte soldatische Gewaltbereitschaft korrespondiert habe, sei auf das in der Konstruktion des Helden verarbeitete Verhältnis des Einzelnen zum absolutistischen Territorialstaat zurückzuführen. Im Siebenjährigen Krieg habe sich darin bereits der Typus des bürgerlichen Nationalhelden angekündigt.

Martin Wald (Berlin) widmete sich Geschichtsbildern, die zwischen 1830 und 1914 von konfessionellen Helden des Dreißigjährigen Krieges entworfen worden sind. Wald wählte dieses Themenfeld, weil der Dreißigjährige Krieg aufgrund seines extrem bipolar interpretierten Gegensatzes für die konfessionellen Geschichtskulturen ein besonders nahe liegendes Feld der Heldenverehrung darstellt. Dabei stellte er fest, dass im späten Kaiserreich die inhaltlichen Differenzen sekundär wurden. Wald kam zu dem Schluss, dass es beiden Seiten um partikulare Traditions- und Geschichtspflege in der Auseinandersetzung mit der schmerzlich empfundenen Tendenz zu Autoritäts- und Gottesverlust, also um Bewahrung, nicht um Bewahrheitung ging.

Die zweite Sektion – „Heldengestalten" – eröffnete Hans Rudolf Fuhrer (Zürich) mit einem Referat über Arnold von Winkelried, den (hierzulande recht unbekannten) Helden von Sempach 1386. Winkelried ist – neben Wilhelm Tell und Niklaus von Flüe – einer der drei großen Nationalhelden der Schweiz. Fuhrer behandelte damit den Problemkreis eines Helden, den es möglicherweise nie gegeben hat. Er zeichnete die verschiedenen Stationen und Formen der Winkelried-Erinnerungskultur – in Bildern, Liedgut, Chroniken, plastischen Gemälden – nach. Fuhrer kam zu dem Ergebnis, dass die Deutungen des Mythos mehr über die jeweiligen Historiker als über den Ursprung der Legende selbst aussagen, während der Mythos selbst letztlich nicht umfassend erhellt werden kann.

Jörg Rogge (Mainz) widmete sich dem argwöhnischen Blick Karls VII. und der französischen Führung auf ihre alle relevanten zeitgenössischen Verhaltenskriterien männlicher Ritter erfüllende militärische Heldin Jeanne d'Arc. Nicht alleine die sich 1429 anbahnende Auseinandersetzung zwischen König und Heldin um einen Verständigungsfrieden mit Philipp von Burgund habe die Demontage Johannas bewirkt. Auch das Fehlen eines weiblichen Modells der kriegerischen Heldin und das sich hieraus entwickelnde und als bedrohlich empfundene Potential für die herrschende Gesellschaftsordnung habe die französische Führung dazu veranlasst, Jeanne d'Arc als Kriegsheldin zu verhindern.

In der Mitte der Sektion „Heldengestalten" verließ die Tagung mediävistisches Terrain und unternahm mit Dierk Walter (Hamburg) und seiner Analyse der „Apotheose Wilhelms I. im Deutschen Kaiserreich" den Sprung in die Neuere Geschichte. Walter umriss die „Heldenkaiser"-Legende Wilhelms I. als Imitations- und Analogienkonstrukt. Die Installation des im konsequenten Alleingang siegreichen Heerführers und Reichsgründers habe sich zur mythischen Glorifizierung nicht zuletzt durch die Möglichkeit der Verwertung historischer Analogien angeboten. Aus dem Sieg über Napoleon III. wurde der Triumph des Luisensohns, der Rache für Napoleon I. nahm. Und unter der kriegerisch gewonnenen Kaiserkrone erschien der aus der Kyffhäuser-Entrückung wiedergekehrte Stauferkaiser Barbarossa; der wiedererweckte „Rotbart" trug jetzt in der „Neuauflage" (Walter) einen „Weißbart". Eine wesentliche Komponente für das Funktionieren und die Popularität der Legende vom „Heldenkaiser" (Oncken) sah Walter in dem Bild des aktiven, um das Wohl und die Qualität seiner Armee besorgten Soldaten und schließlich 1866 und 1870/71 auch militärisch erfolgreichen Monarchen. Aus diesem Bild und dem sich aus ihm abgeleiteten Anschluss an „die beiden antagonistischen Archetypen hohenzollerischen Heerkönigtums" Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II. habe sich die Glaubwürdigkeit der Stilisierung zur überpolitischen preußischen Integrationsfigur und deren Mythos gespeist, bevor dieser vom (gesamtdeutschen) Bismarck-Mythos „verschluckt" wurde.

Gerhard Wiechmann (Oldenburg) stellte in seinem Vortrag einen in seiner Entstehung umgekehrten Fall - das „Wiedererwecken" eines militärischen Helden aus der Versenkung - am Beispiel des nicaraguanischen Generals

Augusto Calderón Sandino vor. Zugleich machte auch Wiechmann auf die Funktion von Analogiekonstruktionen aufmerksam: Angestoßen worden sei die Wiedergeburt des 1934 von Schergen des späteren Präsidenten Nicaraguas Somaza ermordeten Ex-Guerilla-„Generals" durch eine 1954 gezogene Parallele zwischen der aktuellen CIA-Intervention in Guatemala und Sandinos Kampf gegen die in Nicaragua stationierten US-Marines (1928-1932). Von der studentischen Linken und Gegnern des brutalen Somaza-Regimes wurde der bald nach seinem Tod vergessene Sandino ab Mitte der 50er Jahre als Symbolfigur - als „General der freien Menschen - wieder aufgegriffen. Wiechmann beschrieb Sandinos Transformationsprozess zur Heldengestalt der sich 1959 formierenden und 1979 an die Macht kommenden Sandinisten unter dem Blickwinkel der Ikonisierung und der Ideologisierung innerhalb einer immer homogeneren politischen Bewegung. In den 80er Jahren mit Spartakus und Amilcar Cabral in eine Reihe gestellt, fiel der Höhepunkt der medialen Ikonisierung - Miguel Littins Sandino-Film 1990 - mit dem Herrschaftsverlust Daniel Ortegas, dem letzten sandinistischen Machthaber, zusammen.

Auf die Suche nach der „Spur des Individuums" in den Materialschlachten des Ersten Weltkriegs machte sich Winfried Mönch (Stuttgart). Er stellte die Frage nach den Möglichkeiten einer Erinnerungskultur einzelner „Heldentaten". Die Schreibmaschine, so Mönch, sei für den Ersten Weltkrieg ebenso symptomatisch gewesen wie das Maschinengewehr Unter den Bedingungen des massenhaften Sterbens und einer mit der Dauer des Krieges inflationären und zur Normalität werdenden Häufigkeit vergleichbarer Taten sei die außergewöhnliche Leistung zu einem Phänomen in den Akten, im parallelen Papierkrieg geworden, wodurch allerdings eine lokale, von den Regimentern bzw. Ehemaligenvereinen vor allem nach dem Krieg initiierte Erinnerung an Einzeltaten nachkonstruiert werden konnte.

Ingrid Mayershofer und Wencke Meteling analysierten den in diesem Zusammenhang im Ersten Weltkrieg auf den Prüfstand gestellten traditionellen Rahmen der Heldenerinnerung. Die Tübinger Historikerinnen zeichneten die Formen der Imagepflege von Regimentern in Bezug auf deren Selbstverständnis als „Kollektivhelden" vom Kaiserreich bis zum Interbellum nach. Im Mittelpunkt des Vortrags stand die Entwicklung des konservativ-hierarchischen Modells der in den Regimentsgeschichten festgeschriebenen, nach Dienstgradgruppen sortierten und charakterlich ausstaffierten „Heldenkataloge". Diese hätten nach dem Krieg von 1870/71 noch aufrecht erhalten und bestätigt werden können. Ihre faktische Desavouierung im Ersten Weltkrieg mit seiner Erforderung eines anderen Offizierstypus - neben den militärisch-politischen Erosionen 1918ff. (Regimentsauflösung, Abtritt der alten Elite usf.) - habe jedoch kaum Auswirkungen auf den „Glauben an das Heldentum" der Regimentsangehörigen oder auf Traditions- und Imagepflege der späteren Ehemaligenvereine gehabt. Deren Strategie einer aristokratisch-rückwärtsgewandten Ehrenrettung habe jedoch schon bald in Konkurrenz zu den egalitärer strukturierten neuen Reichswehrregimentern und den paramilitärischen Verbänden der 20er Jahre gestanden. Hierüber sei der Anschluss des konservativ-hierarchischen „Heldenkatalogs" an einen neuen Soldatentypus verloren gegangen sei.

Zu diesem Komplex boten die Ausführungen von Aleksanteri Suvioja (Helsinki) über „Deutsche Seekriegshelden 1914-1945" einen Vergleich mit der Marine. Im Gegensatz zum Heer habe sich die Marine aufgrund ihrer schwachen Tradition in Deutschland ihre identitätsstiftenden Helden erst einmal suchen müssen. Im Ersten Weltkrieg sei eher das Kollektiv (häufig, wie der „Kreuzer Emden", als Schiff) als die Einzelleistung hervorhebbar gewesen. Zudem fehlte es aufgrund des Ausbleibens von Erfolgen größerer Flottenverbände an Admiralen, die so etwas wie einen deutschen Nelson oder Tegetthoff als Identifikationsfigur hätten liefern können. Aus der Admiralität - vor allem verbunden mit der Person Graf Spee - sei eher der Held des glorreichen Untergangs traditionsstiftend hervorgegangen. Im Zweiten Weltkrieg habe sich dieses Muster im Wesentlichen wiederholt.

Andrea Moll (Berlin) widmete sich dem in der sowjetischen und postsowjetischen Erinnerung konstruierten Bild der Soldatin des „Großen Vaterländischen Krieges". Zunächst in der offiziellen Erinnerungspolitik nach 1945 aus-

gespart, wurde die militärische Heldin - der Anteil von Frauen in der Roten Armee im Zweiten Weltkrieg betrug rund 10% - in den 60er Jahren Teil der institutionellen Heldenmythenbildung. Hierbei, so Moll, sei ein hohes geschlechterpolitisches Identifikationspotential ausgeschöpft worden, in dem sich eine kollektive Werteverinnerlichung bis heute - besonders im Bild der aufopfernden Krankenschwester - gehalten habe. In der erinnerungspolitisch transformierten Sanitäterin bzw. Pilotin/Scharfschützin figurierte dabei neben der aufopfernden Märtyerin die Soldatin als jungfräuliche Ikone. Auf diesen Aspekt der Charakterisierung von Kriegsheldinnen ging Franka Maubach (Jena) in ihrem Vortrag über das Scheitern der Heroisierung von Nachrichtenhelferinnen in der Wehrmacht besonders ein. Die weibliche Rollenzuteilung des NS - vor allem mit Kriegsbeginn - sei danach ausgerichtet gewesen, jeder möglichen Nähe zu dem seit den frühen 20er Jahren zum Feindbildrepertoire gehörenden „roten Flintenweib“ auszuweichen. Maubach beschrieb die Entwicklung der propagandistisch zugewiesene Rolle der Frauen in der Wehrmacht als „Helferinnen zum Sieg“, die dem NS-Idealbild der deutschen Mutter hinzugefügt wurde, und bezog den parallel hierzu sich wandelnden Wehrmachts-internen Ruf der Wehrmachtshelferinnen mit ein. Mit dem Ende der militärischen Erfolge, der mit ihm eingeführten Zwangsrekrutierung und der Verwendung von Frauen in Flakeinheiten, so Maubach, sei das von der Propaganda aufgefahrene Bild durch eine sexualisierte „Abwertung von unten“ („Offiziersmatratzen“) zunehmend und nachhaltig konterkariert worden.

Moll und Maubach warfen damit - wie auch schon Jörg Rogge in seinem Referat über Jeanne d’Arc - die Frage auf, inwiefern in der männerhegemonialen Welt Armee Jungfräulichkeit, Askese und „nonnenhaftes Verhalten“ (Maubach) charakteristisch seien für die Überlebenschancen und -bedingungen von Kriegsheldinnen bzw. ihrer Konstruktion.

Die Rolle von Medien und Propaganda bei der Konstruktion von militärischen Helden stand im Mittelpunkt der vierten und letzten Sektion der Tagung. Susanne Parth (Tübingen) charakterisierte die Militärmalerei des 19. Jahrhunderts als Erinnerungs- und Sinnstiftungsmedien, die in der Darstellung heldischer Taten nicht mehr die („großen“) Einzelnen hervorheben, sondern unterschiedliche Figuren - „heldenhafte Jedermänner“ (Parth) - herausstellen und aufwerten. Vornehmlich am Beispiel von Faber du Faurs Gemälde „Die Württemberger in der Schlacht von Champigny“ führte sie die Vielzahl an Identifikationsangeboten für einen in gesellschaftlicher Hinsicht vielschichtigen Adressatenkreis vor. Als politische Integrationsmedien hätte die Militärmalerei sinnstiftende Handlungsvorlagen geliefert und eine das historische Traditions- und Kontinuitätsbewusstsein stärkende Funktion gehabt.

Thomas Kubetzky (Braunschweig) untersuchte den Erwin-Rommel-Mythos vor allem im Hinblick auf die Rolle der Kriegsberichterstattung. Kubetzky ging von der These aus, dass die Heldenkonstruktion Rommels überwiegend über dessen große Medienpräsenz - nur Hitler wurde in den Wochenschauen häufiger gezeigt - und darin wiederum über Abgrenzungsstrategien, die Rommel in seiner Wahrnehmung als Held von anderen „möglichen Heldenkandidaten“ unterscheiden sollten, gelungen sei. So habe sich Rommels Name im Laufe des Krieges zum Synonym für „Taten“ entwickelt (etwa: „zerrommeln“ = Feind vernichtend schlagen; „Rommelbahn“ = Vormarschstraße). Da Rommel selber an dem Zustandekommen der um ihn gestrickten Legenden durchaus beteiligt war, fragte Kubetzky nach den Mechanismen von Selbstdarstellung und Fremdkonstruktion und deren Wirkungsweisen. Er zeichnete dabei das Bild einer dem „Helden“ aus dem Ruder laufenden medialen Instrumentalisierung durch das Propagandaministerium, deren Wirksamkeit sich gleichwohl auch daran ermessen ließe, dass eine Demontage auch nach Rommels Selbstmord dem Regime nicht möglich gewesen sei.

Den Schluss machte Lars Karl (Tübingen); er referierte über Darstellungen des Zweiten Weltkriegs in der sowjetischen Filmproduktion zwischen 1941 und 1965. Erst infolge der politisch-klimatischen Wende, die mit dem XX. Parteitag der KPdSU eingeleitet wurde, sei dem weit verbreiteten Wunsch nach einer würdigenden Darstellung paradigmatischer Schicksale von Einzelnen im „Großen Vaterländischen Krieg“ Rechnung getragen worden.

Eine psychologisierende Inszenierung von Individuen - einfachen „Durchschnittsmenschen“ - habe ab 1956 den von der sowjetischen Filmliteratur als „künstlerisch-dokumentarisch“ bezeichneten, sterilen und Stalin-zentrierten Spielfilm der spätstalinistischen Zeit abgelöst. Zu diesen besorgte Karl mit einer großzügigen Präsentation von Szenen aus Ciaurelis „Fall von Berlin“ (1949), der heute allenfalls noch durch seine unfreiwillige Komik in der Stalin-Verehrung besticht, einen amüsanten Ausklang der Tagung.

Insgesamt war das Experiment der Veranstalter, in einem frühen Stadium der wissenschaftlichen Auseinandersetzung ein Symposium zu veranstalten und sozusagen ein work in progress zu präsentieren, überaus geglückt. Die ungewöhnlich regen Debatten mit dem Publikum wiesen nicht nur auf ein offenkundig großes Interesse am Thema hin, sondern lieferten zudem eine Fülle von Anregungen zu Grundsatz- und Detailfragen. Auf den Sammelband, der aus der Tagung hervorgehen soll und für den hier eine gute Ausgangslage für eine schärfere analytische Typisierung von militärischen Helden geschaffen wurde, darf man gespannt sein.

Richard Kühl, Immelmannstraße 163, 41069 Mönchengladbach,
E-Mail: r.kuehl@akmilitaergeschichte.de
Michael J. Toennissen, Suitbertusstraße 86, 40225 Düsseldorf, E-Mail: Michael_Toennissen@web.de

TAGUNGSANKÜNDIGUNGEN/AUSSTELLUNGEN/CALLS FOR PAPERS

Call for Papers für die Jahrestagung des AKM e.V. 3.-5. November 2005 in Mainz zum Thema „Kriegsgräuel“

Kriegführende Parteien orientierten sich meist an bestimmten Normen und Regelwerken, die die organisierte Gewalt kanalisieren und strukturieren sollten. Sie beschrieben mehr oder minder genau, aus welchen Gründen Kriege begonnen, wie der eigentliche Kampf geführt werden und wie Kampfhandlungen und Kriege beendet werden sollten. Über Jahrhunderte hinweg bestimmten einzig Gewohnheitsrecht und Kriegsbrauch als aus der Beobachtung der Kriegspraxis gesammelte aber meist weithin anerkannte Regeln den kriegerischen Konflikt. Nach Vorläufern in der Frühen Neuzeit entstand im 19. und dann vor allem im 20. Jahrhundert ein international verbindliches, schriftlich kodifiziertes Kriegsrecht im modernen Sinne.

Seitdem es Regeln für die Kriegführung gab, sind diese immer wieder gebrochen worden. Dabei kam es zu ungezählten Gewalttaten an meist Wehrlosen, die als Kombattanten oder auch als Nichtkombattanten in das Kampfgeschehen im Frontbereich oder im Hinterland verwickelt waren. Bei solchen „Gräueltaten“ konnte es sich um gezielt eingesetzte Mittel der Rache und Vergeltung handeln, die eine Kriegspartei zuweilen sogar ankündigte („Repressalien“), sie konnten von der Führung zum Erreichen eines militärischen oder politischen Zieles billigend in Kauf genommen werden, indem Regeln zeitweise oder für bestimmte Gruppen außer Kraft gesetzt wurden (z. B. Erlaubnis zur Plünderung, Verweigerung von Gefangennahmen) oder sie konnten als Folge eines seitens der Führung unbeabsichtigten Kontrollverlusts über die Truppe auftreten (z.B. spontane Massaker am unterlegenen Gegner).

Die Perzeption von Gewaltexzessen in Kriegen ist fast immer durch zeitgenössische und spätere Propagandabilder und unterschiedliche moralische Bewertungen geprägt und verzerrt worden. Hoch emotionalisierte Debatten über die Grauzone zwischen Recht und Moral, wie etwa um die Ausstellung „Verbrechen der Wehrmacht“, belegen, dass es sich um ein überaus brisantes Thema handelt, bei dem die Erforschung des eigentlichen „Ereignisses“ oftmals in den Hintergrund gedrängt wird. Bei den Vorträgen wird daher eine möglichst große Nähe zum eigentlichen Untersuchungsgegenstand und damit zur Ereignisgeschichte (konkrete historische Fälle) angestrebt. Außerdem sind übergreifende Beiträge etwa zu den rechtlichen Aspekten erwünscht.

Die Tagung untersucht epochenübergreifend vom Mittelalter bis zur Zeitgeschichte Norm- und Rechtsverletzungen an der Front und im Hinterland, zwischen den kämpfenden Heeren selbst sowie zwischen regulären Kombattanten und anderen Gruppen wie etwa Partisanen oder auch wehrlosen Zivilisten, insbesondere Frauen und Kindern. In diesem Zusammenhang widmet sie sich auch den geschlechterspezifischen Aspekten von Kriegsgräueln. Sie fragt nach den vom Völkerrecht bzw. dem nationalen Kriegsrecht, dem Gewohnheitsrecht oder dem Kriegsbrauch vorgegebenen Grenzen für den Umgang mit feindlichen Soldaten und Zivilisten. Sie fragt weiterhin danach, von wem, in welcher Form, unter welchen Umständen und aus welchem Anlass diese Grenzen überschritten wurden. Dabei wird im Einzelfall klarzustellen sein, welche Taten sich von der „normalen“ Gewalt des Krieges abhoben.

Um den Untersuchungsgegenstand möglichst scharf zu konturieren, sollen Bürgerkriege der Neueren Geschichte nur berücksichtigt werden, wenn mindestens eine „reguläre“ Armee in größerem Maßstab an den Kämpfen beteiligt war. Ebenso erscheint es aus diesem Grund notwendig, den Zusammenhang mit der eigentlichen Kriegführung zu beachten, um die Kategorie der „Kriegsgräuel“ von den vor allem das 20. Jahrhundert prägenden Massenverbrechen, Genoziden und politisch geplanten Vertreibungen abzugrenzen. Da der Vergleich unterschiedlicher Epochen das Tagungsprogramm strukturieren soll, muss auch der Luftkrieg – im Gegensatz zum Seekrieg – ausgeschlossen bleiben, weil es sich dabei um

eine Problematik handelt, die erst nach dem Ersten Weltkrieg virulent geworden ist.

Bitte senden Sie Ihren Themenvorschlag mit einem kurzen Abstract bis zum 30. April 2005 an folgende Adresse: HD Dr. habil. Sönke Neitzel, Johannes Gutenberg-Universität Mainz, Historisches Seminar Abt. IV, Jakob-Welder-Weg 18, 55128 Mainz, E-Mail: sneitzel@uni-mainz.de

Graduiertenkolleg "Wissensfelder der Neuzeit. Entstehung und Aufbau der europäischen Informationskultur" am Institut für Europäische Kulturgeschichte, Universität Augsburg, Augsburg

24.11.2005-26.11.2005, Augsburg
Deadline: 1.3.2005

Das Graduiertenkolleg „Wissensfelder der Neuzeit“ des Instituts für Europäische Kulturgeschichte an der Universität Augsburg veranstaltet aus aktuellem Anlass in der Zeit vom 24.11. bis 26.11.2005 eine Tagung zum Thema „Friedensschlüsse – Medien im Umfeld der Konfliktbewältigung im Mittelalter und der Frühen Neuzeit mit einem Ausblick auf die Gegenwart“. 2005 jährt sich der Augsburger Religionsfrieden zum 450. Mal, der dem Reich in einer Zeit, in der die europäischen Nachbarn im Chaos der Religionskriege versanken, für mehr als ein halbes Jahrhundert relative Ruhe und Stabilität bescherte. Dies ist Grund genug, um einmal allgemein über die medialen Bedingungen von Friedensschlüssen nachzudenken, über irenische Tendenzen im Vorfeld, begleitende Diskussionen auf politischer Ebene und in der Publizistik sowie Reaktionen und Folgen.

Um die vergleichende Perspektive zu stärken, soll der zeitliche wie der thematische Rahmen möglichst weit gefasst werden und über das 16. Jahrhundert hinaus in Mittelalter und Gegenwart ausgreifen sowie neben religiösen Fragen auch Lösungsstrategien ständischer oder zwischenstaatlicher Konflikte mit in den Blick nehmen. Dazu ist es natürlich notwendig, den Begriff „Friedensschluss“ in seinem weitesten Sinne zu interpretieren. Gemeint ist hier nicht nur ein schriftlich fixierter und im Rahmen eines Kongresses beschlossener Friedensvertrag, da auf diese Weise lediglich internationale Abkommen seit dem 17. Jahrhundert berücksichtigt werden könnten. Vielmehr sollen in diesem Falle auch alle Handlungen, die beispielsweise zur Beilegung einer mittelalterlichen Fehde führten, als Friedensschlüsse gelten. Über die Dokumente zur Beendigung der kriegerischen Auseinandersetzungen hinaus sind besonders andere friedensvorbereitende und –stützende Medien im Umfeld aller offiziellen Verhandlungen von Interesse, Bilddarstellungen und Texte in Flugschriften, irenische Abhandlungen und andere Dokumente, die eine friedliche Konfliktbewältigung fördern sollten. Die vorausgegangenen Kriegshandlungen und ihre politischen Ursachen stehen ausdrücklich nicht im Mittelpunkt. Als grundlegender Anhaltspunkt für alle Diskussionsbeiträge dient dabei folgender Fragenkatalog: Welche Rolle spielen Text- und Bild-Medien bei der Konfliktbewältigung? Wo und wann tauchen sie in welcher Form auf? Inwiefern leisten sie einen Beitrag im Umfeld von Friedenschlüssen? Wo stoßen die Medien dabei an Grenzen? Welche Entwicklungen lassen sich dabei in diachroner Perspektive feststellen?

Die Tagung wendet sich ausdrücklich an Nachwuchswissenschaftler, deren Arbeitsabschluss maximal drei bis fünf Jahre zurückliegt. Vom Magistranden oder Staatsexaminierten bis zum Habilitanden ist jeder zum Einreichen eines Thesenpapiers aufgefordert. Als Graduiertenkolleg wollen wir damit zugleich ein Forum schaffen, das neben der Behandlung des Tagungsthemas auch dem Austausch von Erfahrungen bei der Erstellung erster wissenschaftlicher Arbeiten dient. Aus diesem Grund wird die Tagung in gewissen Bereichen Workshopcharakter haben, der sich u.a. darin zeigt, dass neben den Vorträgen auch kleinere Arbeitsgruppen zur Förderung einer intensiveren und persönlicheren Diskussion geplant sind

Insgesamt wird es vier Sektionen geben, die das Thema „Friedensschlüsse“ vom Mittelalter bis zur Gegenwart unter verschiedenen Schwerpunkten beleuchten sollen:

Sektion 1: Landfrieden und Fehdewesen (Arbeitstitel) (14./15. Jh.):

Hier sind Vorträge zu Städtekrieg, Kämpfe der Eidgenossenschaft gegen die Habsburger, Landfriedensbünde, Fehdewesen etc. möglich.

Sektion 2: Konfessionelle Konflikte und Religionsfrieden (16./17. Jh.):

In diesen Bereich fallen neben den eigentlichen Religionsfrieden auch auf Ausgleich bedachte Flugschriften.

Sektion 3: Zwischenstaatliche Konfliktbewältigung (17./18. Jh.):

Neben den Türkenkriegen sind hier die Kriege Ludwigs XIV. sowie andere Kabinettskriege des Absolutismus von Interesse.

Sektion 4: Strategien zur Konfliktbewältigung bis zur Gegenwart:

Hier sind Vorträge möglich zu beispielsweise: Versailles, Gegensatz Islam – Christentum, Funktion und Stellenwert der Uno, Konfliktbewältigung durch internationale Zusammenschlüsse.

Als Abschluss der Tagung ist eine Podiumsdiskussion über Möglichkeiten und Grenzen von Medien im Bereich der Konfliktbewältigung geplant.

Ihre Vortragsvorschläge (2 Seiten inklusive CV) senden Sie bitte bis zum 01.3.2005 am besten per Email.

Die Tagung wird im Rahmen des Graduiertenkollegs „Wissensfelder der Neuzeit. Entstehung und Aufbau der europäischen Informationskultur“ (Sprecher des Graduiertenkollegs: Prof. Dr. Johannes Burkhardt; stellvertretender Sprecher: Prof. Dr. Wolfgang E. J. Weber) am Institut für Europäische Kulturgeschichte der Universität Augsburg ausgerichtet. Organisatoren: Bent Jörgensen, Raphael Matthias Krug, M.A., Christine Lüdke, M.A

Raphael Matthias Krug M.A., Institut für Europäische Kulturgeschichte, Eichleitnerstraße 40, 86159 Augsburg, E-Mail: r.krug@bllv-wha.de